

# Zeitung

**Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter**

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 24. November 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 47

## Bedeutung der Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Zu den wichtigsten Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft gehört die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die unter den großen Industriegruppen der deutschen Wirtschaft die dritte Stelle einnimmt. Die starke Entwicklung der Verpflegungstechnik in den letzten Jahrzehnten, die Teilung des Produktionsprozesses, die sich aus der Notwendigkeit zur Massenerzeugung von Nahrungs- und Genussmitteln selbst ergab, begünstigte die Ausdehnung unserer Industrie. Der komplizierte Werdegang, den viele Lebensmittel vor ihrer endgültigen Verwendung zu durchlaufen haben, stellte gleichzeitig immer höhere Ansprüche an die Arbeitskraft, Umsicht und Fachkenntnis der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter. Seit es in der Lebensmittelerzeugung und -verteilung keine Saison mehr gibt, weil das Getreide der Welt in jedem Monat des Jahres an einer anderen Stelle schnittreif wird, seit man auch im Hochsommer Seefische essen kann, ohne sich vor einer Fischvergiftung fürchten zu müssen, seit ungeheure Mengen Obst und Gemüse in Bahn, Schiff, Auto oder Flugzeug nach anderen Gegenden transportiert werden und seit man für leicht verderbliche Waren Anlagen von höchster Leistungsfähigkeit schuf, wuchs auch die Bedeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von Jahr zu Jahr.

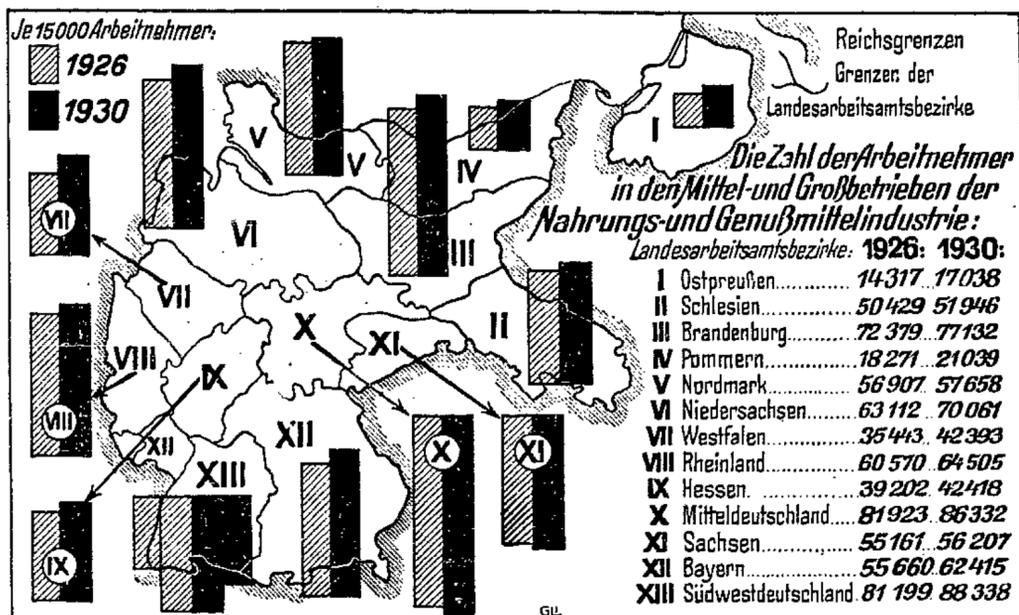
Von seltener Vielseitigkeit ist die Struktur unserer Industrie: neben hochentwickelten Großindustrien (Brau-, Zucker-, Kakao- und Schokoladen-, Teigwaren-, Margarine-, Konserven- und Fischindustrie) mit modernster Arbeitstechnik und großen Absatzmärkten stehen das Bäcker-, Konditoren- und Fleischergewerbe, die mit ihrer meist familienwirtschaftlich betriebenen Produktionsform noch heute das deutsche Handwerk am stärksten repräsentieren. Nach der letzten amtlichen gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925, die leider

noch nicht wiederholt wurde, zählt die deutsche Nahrungs- und Genussmittelindustrie (einschl. Tabakindustrie) 1 346 398 hauptberuflich Erwerbstätige (davon 964 374 Arbeiter, Angestellte und Beamte); Berufszugehörige — hauptberuflich Erwerbstätige einschließlich ihrer nur nebenberuflich erwerbstätigen Angehörigen — wurden 2 350 944 gezählt. Die Verteilung der hauptberuflich Erwerbstätigen auf die Hauptgruppen unserer Industrie zeigt die untenstehende Bildstatistik.

Nach der amtlichen Betriebsstatistik ist die prozentuale Verteilung der hauptberuflich Erwerbstätigen auf unsere einzelnen Berufsgruppen folgende:

Bäckerei und Konditorei . . . . .	36,3 Proz.
Fleischerei usw. . . . .	26,7 Proz.
Brauerei, Mälzerei . . . . .	9,8 Proz.
Mühlenindustrie . . . . .	7,9 Proz.
Kakaoindustrie usw. . . . .	7,6 Proz.
Wein-, Branntweinherstellung usw. . . . .	5,1 Proz.
Margarineindustrie . . . . .	3,4 Proz.
Obstkonservenindustrie usw. . . . .	2,0 Proz.
Keksherstellung usw. . . . .	1,2 Proz.

Wesentlich anders als diese Zahlen ist natürlich infolge der meist familienwirtschaftlich betriebenen kleingewerblichen Form besonders im Bäcker- und



Das Anwachsen der Mittel- und Großbetriebe in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

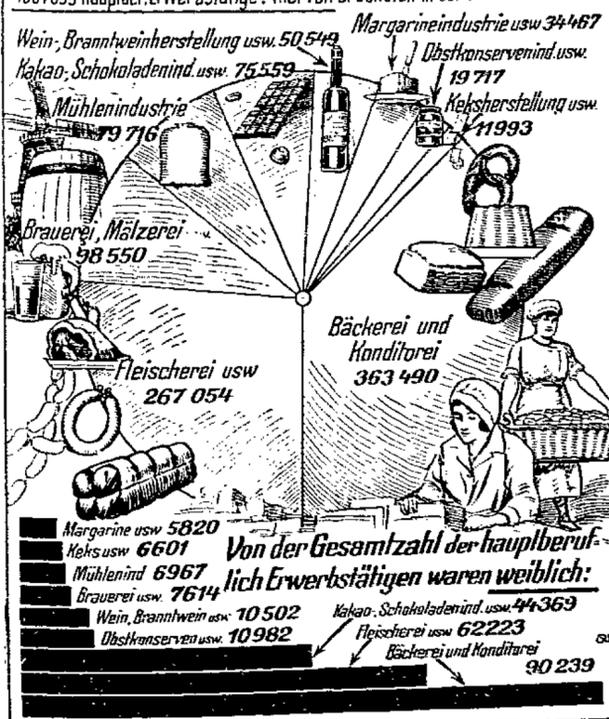
Fleischergewerbe die Zahl der organisierten Arbeiter und Angestellten. Der untere Teil der Bildstatistik zeigt den zahlenmäßigen Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der hauptberuflich Erwerbstätigen in den einzelnen Berufsgruppen. Er ist prozentual am stärksten in der Süßwaren- (Kakao- usw.) Industrie, in der Bäckerei und in der Fleischerei.

Die Entwicklung unserer Industrie läßt sich an Hand der Gewerbeaufsichtsstatistik verfolgen; diese nach Landesarbeitsamtsbezirken gegliederte Aufstellung erfaßt die Arbeitnehmer der Mittel- und Großbetriebe (mit mehr als fünf Arbeitnehmern) in den Jahren 1926 und 1930. 1926 waren hier 684 573, 1930 737 482 Arbeitnehmer in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+ 7,7 Proz.), deren Verteilung auf die Gebiete der 13 Landesarbeitsamtsbezirke unsere obenstehende Karte zeigt.

(Schluß folgt.)

### Die Zahl der hauptberuflich Erwerbstätigen in den Berufsgruppen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie Deutschlands.

Nach der letzten amtlichen gewerblichen Betriebszählung waren in der N.-u.-G.-Ind. 1 001 095 hauptberuflich Erwerbstätige. Hiervon arbeiteten in der:



## Arbeitnehmerschutz und Gerichte\*)

Von Gewerberat Fichtl, Berlin.

I

Die mit der Ueberwachung unserer Arbeitsschutzgesetze betrauten Organe sind bei der Durchführung der einzelnen Schutzvorschriften nicht selten auf die Mitwirkung der Gerichte angewiesen. Nicht immer gelingt es ihnen, ihre Forderungen in Güte durchzusetzen, zuweilen müssen die das Gesetz sichernden Strafbestimmungen zur Anwendung gebracht und Strafanzeige erstattet werden. Dies geschieht im allgemeinen nur bei schwereren Verstößen oder dann, wenn trotz wiederholter Belehrung und Verwarnung der Verantwortlichen der ungesetzliche Zustand fortbesteht. In dem einen wie in dem andern Falle muß im Interesse der zu schützenden Arbeitnehmer eine empfindliche Bestrafung der Zuwiderhandelnden gefordert werden. Ganz besonders gilt dies hinsichtlich solcher Personen, die bereits einschlägig vorbestraft oder sonst mit den Sozialgesetzen schon öfter in Konflikt geraten sind. Es muß nun leider gesagt werden, daß die Gerichte — von löblichen Ausnahmen abgesehen — dieser unerläßlichen Forderung nicht oder

nicht in ausreichendem Maße gerecht werden. Dies trifft leider auch auf die höheren Instanzen zu.

Der hier den Gerichten gemachte Vorwurf stützt sich nicht allein auf die berechtigten Beschwerden der Arbeitnehmerpresse, sondern vor allem auf die Jahresberichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten (GAB.). Deren Klagen sind fast so alt wie die GA., sie beziehen sich sowohl auf den Betriebs- als auch auf den Arbeitszeitschutz. Schon in den Berichten aus der Zeit vor dem Kriege wird das Verhalten der Gerichte bei der strafrechtlichen Verfolgung von Gewerbevergehen nicht selten kritisiert.

Es ist da, wenn grobe Verstöße gegen den Frauen- und Jugendschutz oder die Sonntagsruhe mit 3 bis 20 Mk. geahndet worden sind, von „erstaunlich geringer Strafe“, „zu gelinder Strafe“, „auffallender Milde des Richters“ u. ä. die Rede. Schon damals wurde von vielen Gerichten eine Geldstrafe (GStr.) von 3 oder 5 M. als ausreichende Sühne für die Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern angesehen. Hierfür nur 2 Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen.

\*) Mit Genehmigung aus der „Sozialen Praxis“ 1932, Heft 45.

Ein Bäckermeister, der einen elfjährigen Schüler in den Ferien ganze Nächte hindurch und nach Wiederbeginn der Schule vor und nach dem Schulbesuch beschäftigt hatte, erhielt 5 Mk. Geldstrafe. Wegen täglich zwölfstündiger Beschäftigung seines jugendlichen Lehrlings wurde ein Lehrmeister gerichtlich mit 1 Mark bestraft. (Reg.-Bez. Arnberg 1913 S. 382.)

Bei Zuwiderhandlungen gegen den Arbeiterinnen-schutz schwankten die Geldstrafen im allgemeinen zwischen 3 und 30 Mk.; ebenso gering waren die Strafen für Vergehen gegen die Sonntagsruhe. Gewiß sind auch damals von sozial einsichtigen Richtern mitunter recht empfindliche Geldstrafen verhängt worden, aber der Satz von etwa 30 Mk., häufiger darunter als darüber, bildete doch die Regel.

An dieser Strafpraxis haben die Gerichte auch in der Nachkriegszeit festgehalten. Kein Wunder also, wenn die Klagen der GAB. über unangebrachte Milde der Gerichte in den Nachkriegs-Jahresberichten lauter und eindringlicher werden; die Mitwirkung der Gerichte bei der Durchführung der neuen Schutzgesetze, man denke nur an den erweiterten Arbeitszeitschutz, ist ja inzwischen noch bedeutungsvoller und unentbehrlicher geworden.

Von den im Jahre 1930 im Bezirk Düsseldorf erfolgten 1499 Bestrafungen gingen 784 Geldstrafen bis 10 Mk., 591 von 11 bis 50 Mk., 94 von 51 bis 100 Mk. und nur 30 über 100 Mk.; Freiheitsstrafen wurden überhaupt nicht verhängt. In dieser Höhe bewegen sich im allgemeinen auch die Geldstrafen in anderen preußischen und außerpreußischen Bezirken. Auch da sind übrigens Freiheitsstrafen ganz selten. Ueber das zu geringe Strafmaß finden sich in den Berichten u. a. folgende Auslassungen:

„Dieser Fall (20 Mk. Geldstrafe) beweist wiederum von neuem, daß die Gerichte die Verwaltungsbehörden bei der Durchführung der Arbeitnehmer-Schutzvorschriften nicht immer ausreichend unterstützen. Derartige geringe Geldstrafen wirken auf die Unternehmer nicht abschreckend, sondern eher anreizend.“ (Reg.-Bez. Merseburg 1928 S. 244.) „Solange aber die Gerichte sich nur selten dazu entschließen können, bei Strafverfahren angemessene Strafen zu verhängen, ist eine Besserung kaum zu erwarten.“ (Reg.-Bez. Koblenz 1929 S. 468.) „Die infolge dieses Vergehens (Beschäftigung von Jugendlichen in der Nacht) verhängten Geldstrafen von 30 und 10 Mk. müssen als unbedingt zu niedrig angesprochen werden. Dies muß auch von der Bestrafung eines Schmiedemeisters gesagt werden, der seine Lehrlinge längere Zeit hindurch 12 bis 13 Stunden täglich beschäftigt hatte, und dafür nur zu einer Geldstrafe von 20 Mk. verurteilt wurde.“ (Reg.-Bez. Arnberg 1929 S. 426.) „Die Strafen waren meist gering und durch ihre Höhe nicht dazu angetan, vor wiederholten Zuwiderhandlungen abzuschrecken. Sie lagen meist bei 20 bis 50 Mk.“ (Baden 1928 S. 38.)

Auch bei der ungesetzlichen Beschäftigung der Angestellten halten sich die Geldstrafen durchweg zwischen 20 und 50 Mk., Geldstrafen über 100 Mk. sind selten. Ebenso ist das bei Vergehen gegen die Sonntagsruhe übliche Strafmaß von 3 bis 50 Mk. gegenüber der Vorkriegszeit ziemlich unverändert geblieben.

Völlig versagt hat ein Teil der Gerichte bei der strafrechtlichen Sicherung des Nachtbackverbots; die Verständnislosigkeit mancher Strafrichter gegenüber dieser für einen ganzen Berufsstand so ungemein wichtigen Schutzvorschrift ist so groß, daß die darauf bezüglichen Berichte der GAB. zuweilen in völlige Resignation ausklingen. Wenn die Bäckermeister alljährlich bei den gemeldeten Bestrafungen immer wieder an erster Stelle stehen, so ist das doch ein Beweis für die Wirkungslosigkeit der bisher gegen sie verhängten Strafen. Die besonders laxen Haltung verschiedener Richter gegenüber diesen Ungesetzlichkeiten ist wohl nur aus dem falschen Werturteil, das sie sich über das gesetzliche Nachtbackverbot gebildet haben, erklärlich.

Typisch dafür ist das Verhalten eines badischen Richters, der zehn rückfällige Bäckermeister zu je 3 Mk. verurteilte und in der Urteilsbegründung u. a. die Ansicht vertrat, es handle sich bei dem Verstoß gegen das Nachtbackverbot lediglich um ein Formdelikt, die Bevölkerung dürfe nicht um die Wohltat eines frischen Weckes gebracht werden —! Die Strafkammer hat dieses Urteil nicht aufgehoben.

Es erscheint nicht unbedenklich, wenn ein Richter sich mit solchen Sprüngen über materielles Recht hinwegsetzt, noch bedenkllicher aber, wenn ein höheres Gericht ein derartiges Fehlurteil bestätigt.

## Wochenschau

**Kabinetts Papen zurückgetreten.** Nachdem das Reichskabinetts Papen durch die Wahlen am 6. November erneut eine schwere Niederlage erlitt, strebte der Reichspräsident unter Führung Papens die „nationale Konzentration“ an. Da die in Frage kommenden Parteien Papen als Reichskanzler ablehnten, trat das Gesamtkabinetts am 17. November zurück. Nunmehr finden zwischen Zentrum, Bayr. Volkspartei, Deutscher Volkspartei, den Nazis und den Deutschnationalen Verhandlungen zur Bildung der „nationalen Konzentration“ statt.

**Für die Arbeitslosen.** Die Reichstagsfraktion der SPD. hat beschlossen, dem Reichstag zwei neue Gesetzentwürfe für die Arbeitslosen einzureichen. Es wird eine großzügige Wirtschaftshilfe für die Erwerbslosen gefordert und Erhöhung der Sozialleistungen.

**Aufbau im „Dritten Reich“.** Der Geschäftsführer des Sekretariates der Nazireichstagsfraktion hat 36 000 Mk. der Fraktion unterschlagen. Die Unterschlagung wurde schon vor dem 6. November entdeckt, mit Rücksicht auf die Wahlen aber verheimlicht.

**Geht Deutschland nach Genf?** Auf der Genfer Abrüstungskonferenz hielt der englische Außenminister Simon eine Rede, die in einer Einladung Deutschlands ausklang.

**Rußland verschärft Arbeitsbestimmungen.** Die Sowjetbehörden haben neue, drakonische Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft erlassen. Sobald ein Arbeiter einen Tag im Monat ohne stichhaltige Entschuldigung von der Arbeit fernbleibt, wird er fristlos entlassen. Dadurch verliert er gleichzeitig den Anspruch auf Lebensmittelkarten und Bezugs-scheine.

**Zunahme des Reichsdefizits.** Das verflissene Reichskabinetts Papen hinterläßt einen Defizit an Steuern und Zöllen von 700 bis 800 Mill. Mk.

**USA. bleibt hart.** Eine große Anzahl europäischer Staaten sind Schuldner der Vereinigten Staaten.

## Wo bleibt deine Mitgliederaufnahme?

**Am 26. November ist der 49. Wochenbeitrag fällig**

Sie verlangen ein Entgegenkommen Amerikas in der Schuldenfrage. Wie jetzt bekannt wird, dürfte damit aber kaum zu rechnen sein.

**Wahlsieg der Sozialdemokraten in Dänemark.** Am 16. November fanden in Dänemark die Wahlen zum Folkething statt. Sie brachten einen Sieg der dänischen Sozialdemokratie.

**Weitere Nazi-Wahlverluste.** Bei den Gemeindevahlen in Sachsen am 13. November erhielt die Nazi-partei eine weitere Schlappe. Ihre Verluste betragen in einzelnen Orten bis zu 75 Prozent.

**Nazis verraten Südtirol.** In Bozen, einem deutschen Landesteil, fand eine Faschistenfeier statt. Als Hitlers Beauftragter nahm daran der SS-Führer Eicke in Operettenuniform teil. Die faschistische Zeitung „Popolo d'Italia“ veröffentlicht ein Bild, wo Eicke dem Faschistenführer von Pistoja zur Verbrüderung die Hand reicht. Südtirol wurde von Italien auf Grund des Friedensvertrages von Versailles annektiert.

**Gegen den Sozialraub in Holland.** Die holländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsbund veranstalteten große Kundgebungen gegen Lohnabbau und Unterstützungskürzungen.

## Papen gestürzt

Die Neuwahlen am 6. November erbrachten den Beweis, daß nicht nur die Reichstagsabgeordneten, sondern mit wenigen Ausnahmen das ganze Volk gegen Papen ist. Er klammerte sich aber trotzdem fest, um seinen Posten halten zu können, und versuchte, die Parteien als Stützen für seine Hungerpolitik zu gewinnen.

Diese Verhandlungen mit den Parteien sind gescheitert. Nur Hugenberg und die Partei der Schwerindustrie haben sich bedingungslos hinter Papen gestellt.

Eine scharfe Absage hat Papen von der Sozialdemokratie bekommen, die ebenfalls zu einer Aussprache eingeladen war. In der Begründung zu dieser Absage heißt es:

„Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflösung des Reichstages das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Absagen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen, sie verpflichtet ihn vielmehr zum Rücktritt. Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung Preußens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichtes ebenso hinweggesetzt wie er durch sein Verbleiben im Amte das Urteil des Volkes mißachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpft und diejenigen, die sich seiner Politik entgegenstellten, als Feinde des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratische Partei ungeeignet.“

Die Sozialdemokratische Partei erblickt in dem Reichskanzler von Papen den Sachwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen nicht

scheut, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus all diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es jedoch für notwendig, in aller Öffentlichkeit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit jedem Schritt von dem Boden des Rechts weiter entfernt. Er wendet sich aufs schärfste gegen die öffentlich erörterten verbrecherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommene Verfassung auf verfassungswidrigen Wege abzuändern und fordert den Rücktritt dieser Regierung.“

Der Regierung blieb kein anderer Ausweg, als ihren Rücktritt dem Reichspräsidenten zu unterbreiten. Das geschah am 17. November, elf Tage nach der Reichstagswahl. Die Freiherren und Barone wollten bekanntlich vier Jahre im Amte bleiben. Diese Zeit wurde auf 170 Tage durch den Willen des Volkes verkürzt. Ein Glück für Deutschland. Noch keine Regierung hatte in dieser kurzen Zeit so viel Unheil über das Volk gebracht. Durch beispiellosen Dilletantismus, durch einen Hang zum politischen Abenteuererum, durch endlose Konflikte mit fast allen Landesregierungen und Parteien, durch unerhörte, dreiste Gewaltakte, durch unaufhörliche Experimente und Mißerfolge haben die Freiherren und Barone das deutsche Ansehen im Auslande unerhört geschädigt.

Nun liegt ein Trümmerhaufen vor uns und lange Jahre werden vergehen, um das wieder gutzumachen, was in der kurzen Zeit vernichtet wurde. Wer wird den Mut aufbringen, diese Personen, die in solch unverantwortlicher Weise Gut und Vertrauen des deutschen Volkes verwirrschafteten, in den Anklagezustand zu versetzen? Der Herrenklub hat ausgespielt.

Wir haben es der Sozialdemokratischen Partei zu verdanken, daß endlich die Arbeiterschaft von diesem Alldruck befreit werden konnte. Ein Erfolg, der nicht zu unterschätzen ist und der uns zeigt, daß im werktätigen Volk eine unendliche Macht noch schlummert und ausgelöst werden kann, wenn es sich einig ist.

## Lohnentwicklung in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie in Grossbritannien

Die Lohnentwicklung gestaltete sich in Großbritannien während der Nachkriegszeit wesentlich anders als in Deutschland. In den ersten Jahren herrschten noch Lohnerhöhungen vor, worauf von 1921 bis 1923 beträchtliche Lohnsenkungen folgten. Damals wurden zwar in der Hauptsache die Löhne in jenen Industrien gesenkt, die durch die Kriegswirtschaft am meisten begünstigt gewesen waren, doch war auch in den anderen Industrien, einschließlich der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, die Bewegung der Löhne abwärts gerichtet. In den Jahren 1924 und 1925 überwogen wieder Lohnerhöhungen, von 1926 an aber Lohnsenkungen. Der Anstieg der Löhne, der in anderen Ländern während des Aufschwungs der Weltwirtschaft von 1927 bis 1929 stattfand, blieb in Großbritannien aus. Doch waren hier auch die Lohnsenkungen in der Folgezeit bei weitem nicht so bedeutend. Ihren größten Umfang erreichten sie bisher im Jahre 1931.

Die Lohnstatistik des Arbeitsministeriums bezieht sich auf die durch Kollektivverträge festgelegten oder sonst von den Gewerkschaften anerkannten Löhne. Sie erfaßt die meisten, aber doch nicht alle kollektiven Lohnänderungen. Nicht einbezogen sind die Arbeitnehmer der Staatsverwaltung, die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Hausangestellten, die Arbeitnehmer im Einzelhandel und in Büros, sowie jene Arbeitnehmer in anderen Wirtschafts- und Dienstleistungszweigen, die in einem und demselben Jahre an Lohnerhöhungen und Lohnkürzungen beteiligt waren, deren Ergebnis sich ausglich. Außer Betracht bleiben auch Lohnänderungen infolge des Aufrückens in höhere Stellungen oder infolge stufenweiser Zulagen, die in Kollektivverträgen vorgesehen sind; Änderungen der Entschädigung für Ueberarbeit; endlich Änderungen der Arbeitsverdienste infolge von Änderungen der Art der Entlohnung oder aus sonstigen Anlässen.

In den einzelnen Wirtschaftszweigen war die Lohngestaltung uneinheitlich. Manche Industrien wurden von den seit 1926 vorherrschenden Lohnsenkungen wenig berührt und zum Teil kamen auch noch Lohnerhöhungen vor. In anderen Industrien dagegen, vor allem im Kohlenbergbau, in der Metallindustrie, der Textilindustrie und in den Baugewerben, war der Lohnabbau bedeutend.

In der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie überwogen nach weitgehenden Lohnkürzungen im Jahre 1923 während der nächsten drei Jahre wieder Lohnerhöhungen. Auch 1929 übertraf der Umfang der Lohnerhöhungen den der Lohnsenkungen; in allen übrigen Jahren aber war das Verhältnis umgekehrt.

Die Zahl der Arbeiter, die in dieser Industrie-gruppe seit 1924 an kollektiven Lohnänderungen beteiligt waren, war wie folgt:

Jahr	Lohnerhöhungen Zahl der beteiligten Arbeiter	Lohnsenkungen Zahl der beteiligten Arbeiter
1924	78 000	1 500
1925	23 750	10 500
1926	29 500	15 000
1927	650	21 000
1928	350	1 250
1929	13 250	1 800
1930	2 000	19 750
1931	1 300	17 000
1932 (Jan.—Sept.)	—	15 000

Nur 1932 sind hier Lohnerhöhungen überhaupt nicht mehr vorgekommen.

Das reine Ergebnis der kollektiven Lohnänderungen wird in der Weise berechnet, daß der durchschnittliche wöchentliche Betrag der Lohnsenkungen von dem Betrag der Lohnerhöhungen abgezogen wird, oder umgekehrt. Bei dieser Art der Berechnung ergab sich für die an kollektiven Lohnänderungen beteiligten Arbeiter 1924 eine Erhöhung der Wochenlohnsumme um 14 300 Pfund Sterling, 1925 um 950 Pfund Sterling, 1926 um 900 Pfund Sterling und 1929 um 625 Pfund Sterling. Der Lohnverlust machte 1927 1900 Pfund Sterling wöchentlich aus, 1928 80 Pfund Sterling, 1930 1650 Pfund Sterling, 1931 2350 Pfund Sterling und 1932 (Januar bis September) 2250 Pfund Sterling. (Ein Pfund Sterling entsprach vor der Aufgabe des Goldstandards im Herbst 1931 ungefähr 20 RM., 1 Schilling kam im Werte etwa 1 RM. gleich).

Der Umschwung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ende 1929 einsetzte, hat auch in Großbritannien die Lohnentwicklung ungünstig beeinflusst, aber nicht in so weitgehendem Maße wie z. B. in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die durchschnittlichen tariflichen Wochenlöhne im Dezember eines jeden Jahres sanken im Bäckergerwerbe von 64% Schilling 1927 auf 64% Schilling 1928, 64 Schilling 1929, 63% Schilling 1930 und 62% Schilling 1931; im Brauergewerbe von 60% Schilling 1927 auf 59% Schilling 1928, 59% Schilling 1929, 58% Schilling 1930 und 57% Schilling 1931.

Um die Lohnentwicklung deutlicher veranschaulichen zu können, berechnet das Arbeitsministerium auch Meßziffern der tariflich vereinbarten Löhne oder der von den Gewerkschaften anerkannten Normallöhne. Wird 1924 als Ausgangsjahr angenommen und der durchschnittliche Tarif- oder Normallohn in diesem Jahr durch die Meßziffer 100 ausgedrückt, so betragen die entsprechenden Meßziffern in den Jahren:

1925	102	1929	99,5
1926	101,5	1930	99
1927	101	1931	97,5
1928	100	1932 (1. Hälfte)	96

Besondere Meßziffern für die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie werden nicht berechnet. Trotz den seit 1926 vorwiegenden Lohnkürzungen war die allgemeine Lohnhöhe — nach der amtlichen Feststellung — in der ersten Hälfte 1932 nur um 4 Proz. niedriger als 1924. Veränderungen des Auslandswertes der Währung sind bei diesen Vergleichen nicht berücksichtigt, weil die Inlandkaufkraft des Geldes — wider Erwarten — durch das Aufgeben des Goldstandards bis jetzt nicht beeinträchtigt wurde. Das Unterbleiben einer starken Kaufkraftminderung durch weitgehenden Lohnabbau hat sich für Großbritannien wirtschaftlich vorteilhaft ausgewirkt. Dort fand seit Ende 1930 keine erhebliche Schrumpfung der Wirtschaft statt. Die Meßziffer der industriellen Produktion (1924 = 100) ist nach Angaben des Handelsministeriums bloß von 103 in 1930 auf 95,5 im ersten Vierteljahr 1932 zurückgegangen.

## Bäckereczeme

Der Rheinische Innungskrankenkassenverband, die Interessenvertretung der Innungskrankenkassen, hat für die Bäcker- und Konditorenkassen ihre Geschäftsführer sowie die Obermeister der Bäcker- und Konditoreninnungen und je einen Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften zu einer Sonderversammlung für den 15. Oktober nach Düsseldorf eingeladen. Die bekanntesten ärztlichen Autoritäten auf dem Gebiete des Bäckereczems, Dr. Teleky, Düsseldorf, der Leiter der Hautklinik der medizinischen Akademie Düsseldorf, Professor Schreus, waren ebenfalls eingeladen.

Der Vorsitzende des Innungsverbandes der Bäcker, Innung Germania, Obermeister H a n s e n, Köln, behandelte vom praktischen Gesichtspunkte aus das Bäckereczem. Er wünscht, daß alle Kreise an der Bekämpfung dieser Krankheit mitwirken, insbesondere aber vertritt er den Standpunkt, daß es kaum möglich sei, von einer besonderen Bäckerkrankheit zu reden, da ja Ekzeme in anderen Berufen ebenfalls vorkommen. Er bat die ärztlichen Autoritäten um regste Mitarbeit, um diesem Uebel abhelfen zu können.

Obermeister F u c h s, von der Kölner Konditoreninnung, sprach von der Diffamierung des Berufes, wenn der Name Bäckereczem bestehen bleibe. In den Konditoreien kommt diese Krankheit in geringem Maße vor. Die Berufsberatung, besonders die Untersuchung der jungen Personen, ist unbedingt er-

forderlich, um besonders die für diese Krankheit disponierten Personen von vornherein aus dem Beruf auszuschalten.

Der Geschäftsführer, der Innungskrankenkasse, B e r c h e m, Bonn, ging auf die statistischen Untersuchungen der Herren Teleky und Zitzke ein und besprach die Notwendigkeit, die gesamten Fragen des Ekzems in der ärztlichen Wissenschaft zu behandeln, um dem ominösen und üblen Namen Bäckereczem aus der Sprachpraxis der Aerzte herauszubringen. Neben der Berufsberatung für den Jugendlichen kommt für die älteren Bäcker eine Umschulung in Betracht. Das Ekzem verursacht den Innungskrankenkassen gewaltige Ausgaben. Entsprechende Aufklärung innerhalb der Berufskreise zu schaffen, eventuell Herausgabe eines Merkblattes, soll erwogen werden.

Dr. Welters, Köln, ging zur Belastung der Innungskrankenkassen durch das Bäckereczem über und streifte die Frage, ob das Ekzem als Berufskrankheit anerkannt werden könne. Er wünscht in der Frage Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, um zu einer Ueberwindung dieser Krankheit zu kommen.

## Ein Spiegelbild der Zeit!

Kämpft mit uns gegen Ausbeutung, Existenzvernichtung und Schmutzkonzurrenz!

The image shows a collage of various job advertisements and notices. Prominent text includes 'Suche eine Lehrstelle', 'Konditor', 'Bäcker', 'Müller-Chauffeur', and 'Für 10 Mark'. There are also smaller notices and advertisements scattered throughout the collage.

Dr. Teleky ging auf die Einzelheiten vom ärztlichen Standpunkt aus ein. Er erörterte die angeborenen und erworbenen despiniblen Voraussetzungen der Menschen. Nach seiner Auffassung soll bei mehrmaligen Auftreten des Ekzems eine Auflösung des Lehrvertrages möglich sein, da der junge Mensch als Geselle davon behaftet kein Fortkommen hätte. Eine vorübergehende Einbeziehung in die Unfallversicherung, die in Verbindung mit der Berufsgenossenschaft eine Lösung finden soll, hält der Redner für zweckmäßig. Als Uebergang für ältere Personen glaubt Teleky, daß eine Rente bis 6 oder 9 Monate gewährt werden könne, um so eine dauernde Belastung der Versicherung zu ersparen.

Von den Arbeitnehmern sprach Kollege R e i t e r. Er erörterte die große Verbreitung des Bäckereczems, die sozialen Schäden für das Gewerbe und insbesondere die große Benachteiligung der Bäcker und Konditorengehilfen, die durch das wiederholte Auftreten der Krankheit keine Beschäftigung im Beruf mehr erhalten und so der Wohlfahrt zur Last fallen. Reiter verlangt, daß für die Angehörigen der Mehl verarbeitenden Industrien die Anerkennung als Berufskrankheit ausgesprochen werden muß, da auf die Dauer die Klagen der Innungskrankenkassen wegen starker finanzieller Mehrbelastung durch die Krankheit nicht abreißen. Er fordert, daß die Vertreter in der Nahrungsmittel-Industrieberufsgenossenschaft auf diese Kreise einwirken, um zur Anerkennung als Berufskrankheit zu kommen. Entsprechende Aufklärung unter der Arbeitnehmerschaft hält der Redner für notwendig und dankt insbesondere der tatkräftigen Hilfe der Mediziner Teleky und anderen Herren.

Von verschiedenen Rendanten der Innungskrankenkassen, auch von einigen Obermeistern wird noch auf die Mehlszusammensetzung aufmerksam gemacht, durch die Verfahren zur Verfeinerung des Mehls, sowie zur Herstellung eines hellen Mehles kommen verschiedene Chemikalien zur Anwendung. Die Meister glauben, daß auch eine Untersuchung der dem Mehl zugesetzten Chemikalien, eventuell ein Verbot dieser Zusetzung in Erwägung zu ziehen sei. Unter anderem wurde berichtet, daß ein Zusatz irgendwelcher Art zum Mehl verboten ist.

Zum Ausklang der Tagung faßte der Vorsitzende zusammen, daß alles getan werden muß, um den unter der Krankheit leidenden Personen zu helfen, die Mittel und Wege sollen weiter geprüft werden. Die anwesenden ärztlichen Vertreter sprachen ihre Mitwirkung aus.

## Josef Kollmaier 25 Jahre Verbandsangestellter



Als Kollege Kollmaier am 1. Dezember 1907 von München nach Bochum kam, um im früheren Verbands der Bäcker- und Konditoren als Angestellter die Geschäfte der Organisation zu führen, war die Kollegenschaft im Industriegebiet nur spärlich in ihrer Gewerkschaft vertreten. Von geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifver-

träge war keine Rede. Mit unsäglichen Mühen war es dennoch unserem Jubilar gelungen, der Organisation eine feste Grundlage und einen überzeugungstreuen Stamm von Mitgliedern zu schaffen. Diese Aufgaben konnten nur von Personen erledigt werden, die getragen waren von hohem Idealismus und von unendlicher Opferfreudigkeit. Steinig war der Boden, besonders in diesem westfälischen Industriegebiet. Der Aufbau der Organisation wurde von den zugereisten, größtenteils aus Süddeutschland stammenden Kollegen durchgeführt. „Ausländer waren es zu meist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion.“ Die einheimischen waren von den Bäckermeistern so sehr verhetzt, daß sie im großen Bogen den Organisierten aus dem Wege gingen. Hinzu kam die recht eigenartige Agitationsmethode der Christlichen, die damals noch in dem Wahn versessen waren, sie können die freien Gewerkschaften aus den christlichen Domänen des Industriegebietes im Westen vertreiben. Unser Jubilar hat in unsäglichen Mühen und in zäher Arbeit ein starkes Fundament für den Weiterbau der gewerkschaftlichen Organisation unter den Bäckern geschaffen.

1914 wurde Freund Kollmaier zum Bezirksleiter für Württemberg nach Stuttgart berufen als Nachfolger für Kollegen Manz, der in der Sozialdemokratischen Partei die Stelle als Sekretär antrat. Auch in diesem Gebiete harrete viele Arbeit seiner, denn die Bäcker- und Konditorengehilfen in den zahlreichen Klein- und Zwergebetrieben Württembergs lebten immer noch in dem Wahn, daß sie alle selbständig werden können, und keine gewerkschaftliche Organisation benötigen. Der Krieg unterbrach die gewerkschaftliche Tätigkeit und auch Kollege Kollmaier wurde zum Militärdienst einberufen. Nach Beendigung des Krieges konnten die in den Teig- und Süßwarenfabriken beschäftigten Personen der Organisation zugeführt werden. Auch die Bäckergehilfen schlossen sich in größerer Anzahl ihrer Organisation an und endlich konnten auch auf dem Gebiete der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen große Fortschritte erreicht werden. Beim Zusammenschluß der Einheitsorganisation wurde der Jubilar mit dem Posten als Gauleiter betraut.

Durch seinen gewissenhaften Arbeitseifer, durch seinen lautereren Charakter war es möglich, der Organisation einen starken Auftrieb geben zu können. Heute steht der Gau Württemberg in guter Position und die verzeichneten Fortschritte auf gewerkschaftlichem Gebiete geben den besten Beweis für die erfolgreiche Tätigkeit des Jubilars. Wir wünschen unserem Freund noch lange Jahre körperliche und geistige Frische zur Mitarbeit in der Organisation.

## Bilanz der Krabbenschälerrinnen

Wenn die ersten Nachfröste einsetzen, dann ist für die Krabbenschälerrinnen das Ende der Arbeit da. Die Krabbenschälerei ist ein Saisonbetrieb; denn die ersten Nachfröste zwingen die Krabben zum Verkrichen in tiefere Regionen. Erst die warme Frühlingssonne kann sie wieder aus ihren Winterquartieren in den Bereich der Küstenfischer locken. Ein Teil der Krabbenfischer — meistens sind es die Besitzer der größeren Boote — geht dann auf Heringsfang aus. Der andere Teil liegt brach im Hafen, d. h. brach nur im Fischen. Im übrigen werden die Wintermonate dazu benutzt, die Boote und Netze in Ordnung zu bringen. Sehr viel gibt es da zu tun. Es ist dann ein Schrubben, Scheuern, Pinseln und Hämmern im Hafen, als wären tausend Heilmännchen an der Arbeit. Ist es ganz kalt, dann sitzen der Fischer und sein Gehilfe in der warmen Stube und flicken die Netze. In früheren Zeiten wurden die Netze zum größten Teil von den Fischern selbst gemacht.

Während die Fischer ihre Boote und Netze in Ordnung bringen, sitzen die Krabbenschälerrinnen ebenfalls auf dem Trockenen. Die Finger stehen still. Die Körbe und Säcke sind in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die Konservenfabriken, die Ausgabestellen der Krabben, liegen verlassen da. Man hört nicht das Gejohle der Kinder, man hört auch nicht das unruhige Hasten der Menschen, man hört nicht die Rufe der Kolleginnen, denen die Regelung der Krabbenausgabe übertragen ist. Man

hört nicht die Rufe „Wilhelmstroot“ oder „Schmedstroot“. Alles liegt öde und verlassen da. Auch haben die Stadtbewohner bei Westwind nicht den „schönen“ Geruch der Krabbendarre. Das alles liegt so lange still, bis ein einziger Sonnenstrahl der wiederkehrenden Sonne neues Leben bringt. Dann beginnt erneut das Hasten der Menschen, um 10 oder 20 Pfund Krabben zu erhalten. Denn es ist nicht mehr so wie vor dem Kriege oder in den Nachkriegsjahren bis 1928 oder 1929. In diesen verflöhen Jahren konnten die Fabriken ihre Krabben kaum los werden. Da fuhren sie mit Autos oder Gespannen durch die Straßen und mußten bitten: „Nehmt uns doch noch 20 Pfund ab“. Sehr viele Familien haben in diesen Jahren täglich 100 Pfund, ja, ich kenne sehr viele Familien, die 200 und 300 Pfund Krabben täglich entschält haben. Dann saßen die Mutter und die Kinder stundenlang um den großen Tisch und machten immer denselben Griff. Vom Tisch zum Schalengefäß und von da zum Fleischteller. Stundenlang immer diese geisttötende öde Bewegung.

Die ungeheure, in ihrem Ausmaße noch nie dagewesene Wirtschaftskrise ist auch an den Krabbenschälerrinnen nicht spurlos vorübergegangen. Auch hier ist eine gewisse Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, obgleich die Menge der auszuschälenden Krabben vergrößert worden ist, zumindest nicht vermindert wurde. Aber hier ist eine andere Tatsache zu konstatieren. Die Arbeitslosigkeit trat in immer mehr Familien ein; die Krise warf viele Mittelständler in das Lager des Proletariats. Die Folge war: die Frauen wurden Krabbenschälerrinnen, damit die Existenz der Familie einigermaßen gesichert war. Die ungeheure Vergrößerung der Krabbenschälerrinnen ist von unserer Organisation gleich aufgefangen worden. Sie sind alle in die Gewerkschaftsarbeit eingespant worden. Und das ist gut so. Denn heute beherrscht die Krabbenschälerrinnenorganisation, der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband, das Feld.

Die ungeheure Vermehrung der Krabbenschälerrinnen — es können 100 bis 150 Proz. sein — und die geringere Vermehrung der auszuschälenden Krabben erforderte eine planmäßige Verteilung. Hier griff die Organisation ein. Auf allen Ausgabestellen wurden Kolleginnen gewählt, die die Ausgabe überwachen. Das ganze Verbandsgebiet wurde in Bezirke eingeteilt, die sich zum Teil mit den einzelnen Straßen der Stadt decken. Und nun wurde die Verteilung der Krabben nach dem festgelegten Plan vorgenommen. Wer heute als erster rankommt, der ist morgen der letzte usw. Wer heute keine Krabben bekommt, der bekommt morgen zuerst welche, und erst dann tritt man wieder in die Bezirkseinteilung ein. Diese Regelung ist dringend notwendig und wird von allen Kolleginnen anerkannt. Ja, sogar die Unternehmer erkennen in diesem Punkte den Segen des Verbandes an und keiner will diese Einrichtung missen, wenn sie auch gern den Verband als Tarifkontrahent entbehren würden.

In ein paar Zahlen soll festgestellt werden, wie sich die Krise ausgewirkt hat. Wir legen die Zahlen einer vierköpfigen Familie zugrunde. Die Mutter und drei schulpflichtige Kinder. Leider fehlen die

Zahlen früherer Jahre, so daß wir uns mit den Jahren 1928 bis 1932 begnügen müssen. Es wurden geschält:

Im Jahre 1928 = 3105 Pfund

„ „ 1929 = 4470 „

„ „ 1930 = 4415 „

„ „ 1931 = 3495 „

„ „ 1932 = 3030 „

Lassen wir das Jahr 1928 außer Ansatz, so finden wir einen Rückgang der geschälten Menge seit 1929. Zu den Zahlen muß bemerkt werden, daß immer versucht wurde, soviel Krabben zu nehmen, wie ausgegeben wurden. Die Löhne betragen in denselben Jahren:

1928 = 0,70 Mk. für 10 Pfund Krabben

1929 = 0,80 „ „ 10 „ „

1930 = 0,80 „ „ 10 „ „

1931 = 0,76 „ „ 10 „ „

1932 = 0,56 „ „ 10 „ „

Nach der Inflation standen auch die Krabbenschälerrinnen sozusagen auf dem Nullpunkt. Die Schälerlöhne lagen zum Teil auf 0,45 Mk. für 10 Pfund, zum Teil noch etwas tiefer. Die straffe Organisation konnte aber den Lohn in den Jahren 1926 und 1927/28 aufbauen bis auf 0,80 Mk. Dieser Stand konnte in den Jahren 1929 und 1930 gehalten werden. Das Jahr 1931 brachte einen Rückschlag von 4 Pf., dem ein Spruch des Schlichters im Jahre 1932 folgte, der den Schälerlohn auf 0,56 Mk. setzte. Wäre nicht die straffe, zielklar arbeitende Organisation da, die Löhne wären niemals auf 0,80 Mk. aufgebaut worden, und heute würden die Löhne bestimmt niedriger sein. Einmal ist die Organisation Triebkraft, wenn es aufwärts geht, und wenn es abwärts geht, dann ist sie Bremsklotz.

Wie die Löhne im nächsten Jahre aussehen werden, darüber können wir uns noch kein Bild machen. Unser Kampf geht um die Erhöhung dieses Lohnes, zumindest aber um die Haltung dieses Lohnstandes. Das ist nur möglich, wenn die Mitglieder nicht nur in der Organisation drin sind, sondern daß sie auch wirklich aktiv darin arbeiten. Alle Mißstände können nur durch eine in sich fest gefügte Organisation behoben werden. Das alte Sprichwort hat noch immer Geltung: Vereint sind auch die Schwachen mächtig.

Die Forderung nach einer schlagkräftigen Organisation gilt für die ganzen Orte, in denen die Krabbenschälerei heimisch ist. Um so mehr gilt es für die Orte, wo noch viele Kolleginnen dem Verbands fernstehen. Diese zu erreichen, muß das Ziel unserer Werbearbeit sein. Die Parole ist: Ein Sammeln aller Krabbenschälerrinnen im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband.

### Milderung der Prohibition in USA.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat mit einem überwältigenden Sieg des Demokraten Roosevelt geendet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Ausgang der Wahl entscheidend beeinflusst wurde durch die eindeutige Erklärung Roosevelts gegen die Prohibition. Die amerikanische Bevölkerung, die in steigendem Maße dem Alkoholverbot ablehnerd gegenübersteht, hofft nunmehr, daß mit dem Verbotsexperiment endgültig Schluß gemacht wird. Dieselben Hoffnungen haben die Exportbrau-

ereien, die Spirituosenindustrie sowie der Weinhandel und eine ganze Reihe Zubehörintustrien in Europa. Sie versprechen sich von der Aufhebung der Prohibition eine Geschäftsbelebung. Daß diese Hoffnungen teilweise übertrieben sind, haben wir bereits zum Ausdruck gebracht; denn auch Amerika erwartet eine Wirtschaftsbelebung von einer Milderung der Prohibition. Es wird also die Einheiderung der Industrie durch unübersteigbare Zölle zu schützen wissen. Schon heute liegt auf einem Liter Bier 1,25 Mk. Zoll.

Nun wird die Prohibition, die in der Verfassung verankert ist, wahrscheinlich überhaupt nicht aufgehoben werden. Zu einer Aenderung der amerikanischen Verfassung ist nämlich notwendig, daß Senat und Abgeordnetenhaus mit einer Zweidrittelmehrheit einen entsprechenden Beschluß fassen. Dieser Beschluß bedarf der Gegenzeichnung des Präsidenten. Nach dem Wahlergebnis dürfte der Weg bis hierher ohne Hindernisse zurückzulegen sein. Die Schwierigkeiten beginnen jedoch mit der Ratifizierung des Beschlusses durch die 48 Einzelstaaten. Wenigstens in 36 dieser Staaten müssen beide Kammern dem Beschluß zustimmen. Wenn eine Dreiviertelmehrheit der Staaten für den Beschluß nicht erreicht wird, was sehr wahrscheinlich ist, dann ist auch eine Aenderung der Verfassung nicht möglich.

Es bleibt also nur übrig, das Alkoholverbot zu mildern durch eine Abänderung der Ausführungsbestimmungen. Diese sind unter dem Namen „Vollstaed-Act“ bekannt. In ihnen ist festgelegt, daß Getränke mit mehr als 0,5 Proz. Alkoholgehalt berauschend sind und demnach unter das Verbot fallen. Diese Grenze kann durch eine Aenderung des Vollstaed-Gesetzes, wozu nur eine einfache Mehrheit notwendig ist, erreicht werden. Es scheint die Absicht zu bestehen, diese Grenze auf 4 bis 5 Proz. Alkoholgehalt heraufzusetzen. Bier und leichte Weine würden demzufolge wieder erlaubt sein, während alle stärkeren Getränke nach wie vor verboten bleiben.

Gegen eine solche Regelung haben die „Trockenen“ bereits Gegenmaßnahmen angekündigt. Sie stellen in Aussicht, daß sie den Obersten Gerichtshof anrufen, der entscheiden soll, daß eine Aenderung des „Vollstaed-Gesetzes“ in der angegebenen Art gegen die Verfassung verstößt und nichtig ist. Im Obersten Gerichtshof, dessen Mitglieder unabsetzbar sind, ist bis heute noch eine „trockene“ Mehrheit, die wahrscheinlich den Wünschen der „Trockenen“ entsprechen wird, wenn nicht unter dem Eindruck der Abstimmung auch ein Stimmungsumschwung bei diesen Richtern eingetreten ist.

Also auch eine Milderung der Prohibition ist noch recht fraglich, aber sie ist trotz der entgegenstehenden Hindernisse weit eher durchzuführen als eine Aufhebung.

„... Man soll bei Forderungen für staatliche Unterstützung nicht bescheiden sein. Wenn Staatsmittel für uns in Bewegung gesetzt werden sollen, so ist die größte Unverschämtheit das beste Mittel.“

Baron v. Knesebeck auf einer Bauernversammlung zu Saizwedel Dezember 1898.

### Hitler in amerikanischer Beleuchtung

Aus dem Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographia („Buchdrucker-Zeitung“ Nr. 4, Oktober 1932).

In Amerika, wo alles rationalisiert ist, ist auch das Schlachten der Tiere für den Fleischbedarf zu einer Tätigkeit auf dem laufenden Band geworden. Durch planmäßig angeordnete Schranken hindurchgetrieben, bleibt dem Schlachtvieh kein anderer Ausweg als der, seinem Metzger direkt ins Messer zu laufen. Die vom Gesichtspunkt der Rationalisierung so raffiniert ausgearbeitete Schlachtung der Tiere drohte aber ins Stocken zu geraten dadurch, daß die Tiere unmittelbar vor der Schlachthalle haltmachten, statt, wie es der Rationalisierungsgedanke erfordert, bedenkenlos ins Messer zu laufen. Der Geruch von Blut und Fleisch, der aus der Schlachthalle drang, machte die Tiere unruhig, sie blieben stehen oder drängten zurück und dadurch drohte die Gefahr, daß das Schlachten am laufenden Band daran scheitert. Doch die schlauen und geschäftstüchtigen Amerikaner wußten sich zu helfen. Sie gingen her und richteten von jeder Tiergattung ein Exemplar dazu ab, die andern ins Verderben zu führen. Gestützt auf die Erkenntnis, daß eine Horde bedenkenlos dem Leithammel nachläuft, stellten sie an die Spitze der für die Schlachtbank bestimmten Tiere einen solchen, von ihnen dazu abgerichteten Leithammel. Dieser lief nun, als ob es statt in die Schlachthalle auf einen schönen Weideplatz ginge, mitten durch die Schlachtbank und die andern liefen hinter ihm bedenkenlos nach. Der Leithammel selbst kam auf der andern Seite der Halle wieder wohlbehalten ins Leben zurück, aber die andern, die ihm vertrauensselig folgten, bezahlten dieses Vertrauen mit dem Tod. Der Leithammel, aus Dankbarkeit dafür, daß man ihn vor dem Schicksal seiner Brüder verschont, führt immer neue Scharen dem Metzger ans Messer. Der natür-

liche Instinkt der Tiere, der ihnen die Gefahr der Schlachthalle ahnen ließ, wurde überlistet. Der Leithammel, der zu diesem Zweck nicht immer ein Hammel sein muß, bildet zu dieser List das notwendige Werkzeug.

Die herrschende Klasse merkt mit zunehmender Deutlichkeit, daß die arbeitende Klasse freiwillig nicht mehr lange das Joch der kapitalistischen Wirtschaft geduldig ertragen wird. Immer mehr und mehr kommt die große Schicht des arbeitenden Volkes zu der Erkenntnis, daß der Kapitalismus nichts anderes ist als eine große Schlachthalle, in der ihr Recht auf Lebensglück und Daseinsfreude hingemordet wird.

Diese Erkenntnis macht aber die Arbeiter störrisch, widerspenstig, sie lehnen sich dagegen auf, für den Kapitalismus ihr Recht auf Lebensfreude zu opfern. Dadurch droht der herrschenden Klasse die Gefahr, daß der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr in Erfüllung geht, alle darauf aufgebauten Rechte und Vorteile der herrschenden Klasse hinfällig werden.

Wozu hat man das ganze heutige Wirtschaftssystem so raffiniert ausgebaut, was dem Profit nützt so rationell durchdacht, wenn letzten Endes dann alles an der Widerspenstigkeit der Arbeiter zu scheitern droht?

Doch die schlauen Kapitalisten wissen sich zu helfen. Sie nahmen aus der großen Masse des unzufriedenen Volkes den größten und durch seine persönlichen Eigenschaften für ihre Absichten am geeignetsten erscheinenden Schreibhals heraus und richteten ihn dazu ab, seine widerspenstigen Brüder und Schwestern dem Kapitalismus wieder in die Arme zu führen. Sie wissen aber sehr gut, daß es dem von ihnen abgerichteten politischen Leithammel nie gelingen wird, die große Masse der Unzufriedenen dem Kapitalismus wieder zuzuführen, wenn er den Kapitalismus preisen würde. Kein Schlachtvieh würde dem Leithammel in die Schlachthalle folgen, wenn er ihm von ihrer schönen und zweckmäßigen Einrichtung

erzählen würde. Jedes Rind, jedes Schwein, jedes Schaf würde sich denken, was habe ich davon, wenn ich darin umgebracht werde.

Auch die große Masse des arbeitenden Volkes würde jedem Lobredner auf den Kapitalismus antworten, was haben wir von all dem Fortschritt, von der Kultur, von dem Reichtum der andern, wenn wir dabei in Not und Elend dahinleben, so freudlos wie in die Welt gesetzt, wieder von ihr gehen müssen. Nein, mit einer Hymne für die kapitalistische Wirtschaft kann man nicht einmal politische Analphabeten dafür gewinnen. Diese politische Antipathie gegen den Kapitalismus muß man also, um als Kapitalist noch seinen Zweck zu erreichen, durch eine List hintergehen, indem man hergeht und dem abgerichteten politischen Leithammel einen politischen Anstrich gibt, der den antikapitalistischen Instinkt der unzufriedenen Masse täuscht. Wenn es schon ohne den Gegenpol des Kapitalismus, also ohne den Sozialismus, nicht mehr möglich ist, Massen zu gewinnen, dann Nationalsozialismus. Das ist zwar eine politische Mißgeburt, aber die Masse der politischen Kinder merkt das nicht, in ihrer politischen Wundersucht glauben sie doch, es sei ein Mittel gegen die Folgen des Kapitalismus, und das ist die große Hauptsache. Bis sie dann darauf kommen, daß sie mit dem Ruf „Hinein ins Dritte Reich!“ politisch doch wieder im alten Reich des Kapitalismus stehen, ist es schon zu spät für sie. Die Diktatur stellt dann schon die entsprechenden politischen Schranken auf, die dafür sorgen, daß dem arbeitenden Volk kein anderer Ausweg bleibt, als dem Kapitalismus wieder in die Hände zu laufen, ihm ihr ganzes Dasein wieder zu opfern.

Der Nationalsozialismus ist die große politische List, mit der man den antikapitalistischen Instinkt der Masse psychologisch umwertet für den Zweck des Kapitalismus; der politische Leithammel, der das besorgt und dem dann die Masse folgen soll, das ist Hitler!

## Streik in der Fischindustrie

Die Unternehmer in der Eckernförder Fischindustrie sind noch längst nicht zufrieden mit dem im Laufe dieses Jahres erfolgten Lohnkürzungen. Immer wieder fordern sie neue Lohnreduzierungen. Vom Schlichtungsausschuß wurde auch in sehr weitgehender Weise den Wünschen der Unternehmer Rechnung getragen. Der kürzlich gefällte Schiedsspruch wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt. Die Unternehmer beantragten die Verbindlichkeitserklärung, aber in der Verhandlung vor dem Hamburger Schlichter konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Die Arbeitnehmervertreter waren bereit, sich auf der Grundlage des vom Schlichtungsausschuß in Kiel für die dortige Fischindustrie gefällten Schiedsspruch zu verständigen. Sie glaubten um so mehr Anlaß dazu zu haben, weil die Lohnsätze in Eckernförde und Kiel seit langem die gleichen gewesen sind. Von den Unternehmern wurde eine solche Verständigung schroff abgelehnt. In einer am 13. November in Eckernförde stattgefundenen stark besuchten Versammlung nahmen die Kollegen und Kolleginnen zu der neuen Situation Stellung. Sie waren sich einig, daß ein weiterer Lohnabbau für sie unter keinen Umständen tragbar sei und in geheimer Abstimmung wurde der Streik beschlossen. Bei den bisherigen Löhnen war es keine Seltenheit, daß Arbeiterinnen bei unregelmäßiger Beschäftigung mit Lohnverdiensten von 2,11 Mk., im Höchstfalle mit 8 Mk. nach Hause gehen mußten.

Wenn die Unternehmer aber glauben, von diesen Hungerlöhnen noch weitere Abzüge vornehmen zu können, dann wurden sie durch den Beschluß, die Arbeit niederzulegen, enttäuscht.

## Vermehrter Weinverbrauch

Der Weinumsatz ist in den letzten Monaten erheblich gestiegen. Nach Berechnungen vom Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer dürften im laufenden Jahr pro Kopf der Bevölkerung 6 Liter Wein konsumiert werden. In den Jahren 1925/27 erreichte der Weinverbrauch nur eine Höhe von rund 3,5 Liter pro Kopf. Der Verbrauch ausländischer Weine ist dagegen rapide zurückgegangen. Im Zusammenhang mit dem gestiegenen Weinverbrauch haben sich auch die Weinpreise erhöht. Sie haben heute zum Teil eine Höhe erreicht, der an die besten Jahre erinnert.

Zu dieser Preisentwicklung hat auch die Aussicht auf neue Geschäftsverbindungen mit Amerika sehr viel beigetragen. In Weinhandelskreisen hofft man nach einer Milderung der Prohibition besonders deutschen Wein in Amerika absetzen zu können. Diese Spekulation führt dazu, daß in einzelnen Weinbaugebieten die vorhandenen Weinbestände vollständig aufgekauft sind und in anderen Gegenden mit dem Verkauf gezögert wird in Erwartung noch höherer Preise. Hinzu kommt noch, daß der Herbst 1932 quantitativ einen nur mittelmäßigen Ertrag brachte. Hinsichtlich der Qualität dürfte der Wein von 1932 allerdings über dem Durchschnitt liegen. In vereinzelt Gemarkungen wird er sogar mit dem Wein der besten Jahrgänge auf einer Linie liegen.

Diese günstige Entwicklung des Weinabsatzes hat in einem Weinbaugebiet zu dem Beschluß geführt, die Weinpropaganda einzustellen. Daß dieser Beschluß für die weitere Hebung des Weinverbrauches nicht besonders geeignet ist, braucht wohl kaum betont zu werden.

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Oktober

Die Meldungen der Arbeitsämter ergeben für Ende Oktober eine Gesamtzahl von rund 5 109 000 Arbeitslosen. Es gibt Leute, die bei diesen Feststellungen sogar eine Besserung der Arbeitsmarktlage durch die Papenschen Arbeitsbeschaffungspläne erblicken, weil angeblich im Vergleich zum Vorjahre die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Oktober nicht so stark gestiegen ist. In diesem Zusammenhang darf jedoch nicht übersehen werden, daß die „grundsätzlich neue Staatsführung“ auch neue Grundsätze für die Zählung der sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen durchgeführt hat, wodurch nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung rund 2 Millionen Arbeitnehmer aus der Arbeitslosenstatistik verschwunden sind. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist also wesentlich höher als von der Reichsanstalt angegeben. Bemerkenswert ist ferner, daß von den 5 109 000 Arbeitslosen Ende Oktober nur 75,6 Proz. unterstützt wurden, und zwar 11,4 Proz. aus der Arbeitslosenversicherung, 22,3 Proz. aus der Krisenfürsorge und 41,9 Proz. aus der Wohlfahrt, während 24,6 Proz. keinerlei Unterstützung erhielten; zu den letzteren kommen dann noch die 2 Millionen „unsichtbar gemachten“ Arbeitslosen.

In unseren Berufen ist eine leichte saisonmäßige Besserung der Beschäftigungslage, insbesondere in der Süßwarenindustrie, zu verzeichnen. Im Bäckerei-

und Fleischereigewerbe erfuhr die ungünstige Lage, wie im Reichsarbeitsmarktanzeiger festgestellt wird, keinerlei Veränderung. In der Getränkeindustrie sowie in fast allen übrigen Berufen unseres Verbandsgebietes hat die Kurzarbeit weiter zugenommen. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder hat gegenüber dem Vormonat eine geringe Senkung erfahren, dagegen ist die der Kurzarbeiter gestiegen.

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Sept. 1932	Oktober 1932	Sept. 1932	Oktober 1932
Getränkeindustrie . .	9 932	9 413	36 685	38 273
Süßwarenindustrie . .	4 839	4 276	6 142	5 053
Bäcker u. Konditoren . .	6 408	6 159	2 791	3 141
Fleischer . . . . .	4 187	3 922	1 869	2 351
Müller . . . . .	2 109	2 062	1 269	1 415
Böttcher u. Weinküfer	2 616	2 401	1 142	1 045
Insgesamt	30 091	28 233	49 898	51 278*

\* Darunter für rund 37 000 Mitglieder auf tariflichem Wege die 40-Std.- bzw. 5-Tage-Woche vereinbart.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter entfielen im Bäckergewerbe im September (für Oktober liegen die amtlichen Feststellungen noch nicht vor) auf je 100 offene Stellen nicht weniger als 4921 Arbeitsgesuche; offene Stellen 1116, vermittelt 1016; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 55 919, Arbeitslose am Schlusse des Monats 46 292. Im Fleischergewerbe entfielen auf je 100 offene Stellen 4113 Arbeitsgesuche; offene Stellen 763, vermittelt 702; eingetragene Arbeitsgesuche 31 382, Ende Oktober verblieben 25 811 Arbeitslose.

## Protestkundgebung der Leipziger Bäckergehilfen

In einer stark besuchten Versammlung am 16. November nahm die Gehilfenschaft in den Bäckereien und Konditoreien zu den neuesten Vorstößen gegen das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit Stellung. Auch die meistertreuen Bundesgehilfen waren in großer Anzahl erschienen. Kollege Lanke ging in seinem Vortrag auf die wiederholten Angriffe gegen das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, wie sie von den Unternehmern erfolgten, ein. Obwohl bei Erlaß der gesetzlichen Vorschriften in den Kreisen der Bäckermeisterinnungen einstimmig die Meinung vorhanden war, daß nie wieder Nacht- und Sonntagsarbeit kommen darf, mußten wir bald darauf wahrnehmen, wie versucht wurde, das Gesetz zu durchlöchern durch die Forderung auf Vorverlegung des Arbeitsbeginns. Die Bäckermeister haben gleichen Anteil an der Schuld der fortwährenden Anstürme wie die Brotfabrikanten und Konsumgenossenschaften, die sich von jeher als sture Gegner dieser Kulturerrungenschaft zeigten. Von dem 6-Uhr-Anfang ging es zurück zum 5-Uhr-Arbeitsbeginn und bald wurden Forderungen seitens der Bäcker- und Konditoreninnungen laut auf Zulassung des 4-Uhr- oder noch früheren Arbeitsanfanges. Die Konditoreninnungen fordern seit Jahr und Tag die Zulassung der Sonntagsarbeit und glauben auf diese Weise das Schutzgesetz verunzeln zu können. Auch die Gehilfenschaft ist nicht freizusprechen von der Schuld, daß wir immer näher die Gefahren zur Wiedereinführung der Nachtarbeit heranrücken sehen. Die Kollegenschaft muß mehr Mannesmut aufbringen, wenn diese Errungenschaft erhalten werden soll. Nur unsere Organisation mußte lange Jahre hindurch unendliche Arbeit zur Durchführung des Schutzgesetzes leisten. Nirgends sahen wir, daß die meistertreuen Gelben scharfe Maßnahmen für die Einhaltung des Nachtbackverbotes trafen. Diese meistertreue Organisation war auch, als im Jahre 1915 die Nachtarbeit verboten wurde, gegen das Schutzgesetz. Jetzt versucht sie, der Kollegenschaft vorzuschwindeln, sie sei die einzige Organisation, die das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit schützt. Durch die Verordnung der preußischen Staatskommissare auf Vorverlegung des Warenverkaufs sei die Gefahr der Wiederrückkehr der Nachtarbeit sehr nahe gerückt.

Es gereicht sicher den Gerichten nicht zur Ehre, wenn so niedrige Strafen verhängt oder sogar Gesetzesübertreter freigesprochen werden. Dadurch wird nur zu weiteren Uebertretungen angereizt. Selbst die Gewerbeaufsichtsbehörde ist gezwungen, schärfsten Protest gegen die Einstellung der Gerichte zu erheben. Viele Tausende Arbeitslose könnten sofort in Arbeit gebracht werden, wenn eine korrekte Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen in den Handwerksbetrieben erfolgte. Aber nichts geschieht. Während hungernd und frierend viele Tausende unserer Kollegen auf den Straßen herumstehen, müssen in den Betrieben Gehilfen und Lehrlinge weit über die gesetzlich zulässige achtstündige Arbeitszeit schuften.

Versammlungsleiter Kollege Drese gab eine Entschließung bekannt, in der schärfster Protest gegen die neuesten Vorgänge und besonders gegen die Verordnung in Preußen auf Vorverlegung der Verkaufszeit erhoben wurde. Die Entschließung wurde gegen vier Meistertreue angenommen. In einer Erklärung des gelben Führers wurde zum

Ausdruck gebracht, daß auch die Meistertreuen bereits eine Protestresolution gegen die Vorverlegung der Verkaufszeit beschlossen hätten. Jedoch wurde festgestellt, daß in dieser Entschließung sich die Gelben die Einstellung der Bäckermeisterinnungen zu eigen machten und sich gegen die Vorverlegung des Warenverkaufs deshalb wenden, weil dadurch den Brotfabrikanten Rechnung getragen wurde. Dem gelben Vertreter wurde erklärt, daß die Gehilfenschaft nicht dazu da ist, die Handwerksbetriebe zu schützen, sondern unsere Organisation protestiere gegen alle Versuche auf Wiedereinführung der Nachtarbeit, ob sie aus dem Lager der kleinen Handwerker oder Großbetriebe kommen.

Die Gelben scheinen sich auch noch nicht im klaren zu sein, welche eigenartige Rolle ihre Führer spielen. Es konnte bei dieser Gelegenheit vom Gauleiter, Kollegen Riepl, bekannt gegeben werden, daß bei der Erneuerung des Mantelvertrages in Sachsen und Thüringen die Gelben heilfrohen waren, als sie wieder die mit dem Innungsverbande und unserer Organisation vereinbarten Bedingungen nachher unterschreiben durften. Sie brachten nicht einmal den Mut auf, selbst mit den Bäckermeisterverbänden zu verhandeln, sondern warteten auf das Ergebnis, das unser Verband erreichen konnte.

## Wandlungen im Schlichtungswesen

Zunehmende Beanspruchung durch Unternehmer.

Das Schlichtungswesen war am stärksten den Unternehmerangriffen ausgesetzt. Insbesondere war die Verbindlichkeitserklärung und Allgemeinverbindlichkeit von Schiedssprüchen stark befehdet. Mit der Zunahme der Kämpfe um den Lohnabbau änderte sich das Bild. Die Unternehmer fanden plötzlich am Schlichtungswesen Geschmack und beanspruchten die Schlichtungsinstanzen stärker als die Arbeitnehmer. 1930 nahmen die Verfahren vor den Schlichtungsinstanzen einen geringen Umfang an, weil der damalige Reichsarbeitsminister Stegerwald einen Einbruch in den Tarifvertrag frei gab. Langsam kam die Lawine Tariflohnkürzung in Gang und auch hier war es wieder Stegerwald, der eine Kürzung der Tariflöhne zuließ. Jetzt setzte auch der Augenblick ein, wo das Unternehmertum die Schlichtungsmaschine stark in Gang brachte. Allerdings mit dem Unterschied, daß die Arbeiterschaft dem Schlichtungswesen starkes Mißtrauen entgegenbrachte, während die Unternehmer zum Zwecke des rigorosen Lohnabbaues die Schlichtungsinstanzen benötigten. Der Schlichtungsapparat wird beinahe schon zwei Jahre gegen die Arbeiterschaft gebraucht.

1929, als es mit den Löhnen aufwärts ging, beschäftigte sich jede Unternehmertagung mit der „Reform“ des Schlichtungswesens. Heute hört man kaum noch etwas davon. Es ist inzwischen auch ein ehemaliger Krupp-Direktor (Schaeffer) Reichsarbeitsminister geworden, der sich für den Zwangseingriff in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen begeisterte. Daraus ist es auch erklärlich, daß der prozentuale Anteil der Verbindlichkeitserklärungen durch die Unternehmer zugenommen hat.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ergibt sich bei dem Verfahren auf Verbindlichkeitserklärungen bei Schiedssprüchen folgendes Bild:

	1931	1930	1929
	in Prozent der Gesamtzahl		
von Unternehmern . . . . .	32,5	27,0	19,0
von Arbeitern u. Angestellten	65,5	72,3	79,7
von Unternehmern und Arbeitern zugleich . . . . .	0,2	0,1	0,3
von Amts wegen . . . . .	1,8	0,6	1,0

Dazu bemerkt das „Reichsarbeitsblatt“, im Laufe der letzten Jahre lasse die Bewegung „ein stetiges Zurückgehen des Anteils der Arbeitnehmeranträge und entsprechend ein Steigen des Anteils der von der Arbeitgeberseite gestellten Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen erkennen“. Insgesamt wurden 1931 1830 Anträge auf Verbindlichkeitserklärung gestellt.

Wir können es offen aussprechen, daß heute von einer sozialen Handhabung des Schlichtungswesens keine Rede mehr sein kann. Hat doch bereits 1931 der Gewerkschaftskongreß in Frankfurt zum Ausdruck gebracht, daß „gegen den systematischen Lohnabbau mit Hilfe des Schlichtungswesens“ energisch protestiert werden müsse. An dieser Stellungnahme der Gewerkschaften hat sich bis heute nichts geändert. Der Umschwung im Schlichtungswesen zeigt, daß auch die Unternehmer verstehen, von der jeweiligen „Konjunktur“ rasch Gebrauch zu machen.

## Wunschträume der Unternehmer!

Als Pape seinen Staatsbesuch in Sachsen machte, wurde er von der Arbeiterschaft mit Niederrufen „begrüßt“ und als Hungerkanzler benannt. Das Unternehmertum aber nahm die Chance wahr, ihm noch im Sterben seine Wünsche zu unterbreiten.

Sie verlangt ein Streikverbot gegen den Lohnabbau, das über den Weg einer neuen Notverord-

nung als Ergänzung zum Kapitel zur „Erhaltung und Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten“ erfolgen soll. Es soll künftig jeder Gewerkschafter bestraft werden, der „offen“ oder „versteckt“ zum Streik auffordert, Arbeitswillige hindert oder Streikabwehrmaßnahmen Widerstand entgegensetzt. Es wird verlangt, daß für Flugblätter der Vorlegungs- und Genehmigungszwang eingeführt wird! Diese Maßnahme wird mit der kommunistischen Streikagitation begründet, wodurch die „Ankurbelung der Wirtschaft“ gefährdet sei. Papen hat zugesagt, daß er die Wünsche wohlwollend prüfen werde. Nun werden die Scharfmacher um ihren Freund trauern, der in der Versenkung verschwinden mußte.

## Gaukonferenz in Königsberg

Am 13. November fand in Königsberg die diesjährige Gaukonferenz des Gaues I Osten statt. Vom Verbandsvorstand war Kollege Backert anwesend. Der ADGB war durch den Bezirkssekretär Kollegen Qalido vertreten.

Als im Oktober vorigen Jahres über die damals stattgefundene Gaukonferenz an dieser Stelle berichtet wurde hieß es im Schlußsatz:

„Obwohl die Konferenz in einer Zeit schwerster Krise stattfand, war sie doch getragen von dem hohen Geiste der Solidarität und des Idealismus. Wird so weiter gearbeitet, darf der Arbeiterschaft in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie vor der Zukunft nicht bange werden.“

Die diesjährige Konferenz zeigte, daß sich jener Schlußsatz bewahrheitet hat. Die Wirtschaftskrise hat sich zwar unter der neuen Ordnung, die in Deutschland zur Zeit herrscht, außerordentlich verschärft. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Papen hat bisher keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt bringen können. Mit brutaler Gewalt wurde das Existenzminimum der Arbeiterschaft herabgesetzt und auf den untersten Stand gedrückt. Unter der Devise Lockerung der Tarifverträge wurden die Löhne durch Notverordnung gekürzt. Die Unternehmer wollen im Augenblick ganze Arbeit verrichten und jede tarifliche Bindung beseitigen. Dank des organisatorischen Zusammenschlusses der Kollegenschaft ist ihnen dieses nicht gelungen. Organisatorisch gesehen haben sich die Ortsgruppen im Gau trotz verschärfter Krise gut gehalten. Alle diese Fragen behandelte Gauleiter Kollege Nitsche im 1. Punkt der Tagesordnung „Organisations- und Tarifverhältnisse im Gau“.

An der sich daran anschließenden Aussprache beteiligten sich die Delegierten sehr rege. Aus ihren Ausführungen ging hervor, daß die Ortsgruppen zur Abwehr gegen Unternehmerwillkür bereitstehen.

Im nächsten Punkt der Tagesordnung: „Werbearbeit und Verwaltungsaufgaben“, gibt Kollege Nitsche einen ausführlichen Bericht über den Stand der einzelnen Ortsgruppen. Ferner zeigte er Wege, wie fruchtbar für den Verband agitiert werden kann. Auch hieran schließt sich eine rege Diskussion an. Alle Redner gehen sachlich auf die Verhältnisse in ihren Ortsgruppen ein und geben Fingerzeige über praktische Werbearbeit.

Wie ein roter Faden zieht sich durch ihre Ausführungen die Verurteilung der verbrecherischen Wühl- und Hetzarbeit der RGO. Zahlreich wurde berichtet, daß irreführende Kollegen wieder den Weg zu unserem Verband zurückgefunden hätten. Alle sind sich einig in dem Gedanken, daß die bevorstehenden Wintermonate zur regen Agitation ausgenutzt werden müssen.

Trotz verschärfter Wirtschaftskrise, Unternehmerwillkür und Reaktion kann gesagt werden, daß im Interesse der Kollegenschaft gut gearbeitet wurde.

## Streit um die Tariffähigkeit

Verschiedene Unternehmerverbände, so auch der Bäckereiverband beider Mecklenburg, versuchen immer wieder eine tarifliche Vereinbarung dadurch zu verhindern, daß sie erklären, sie seien nicht tariffähig. Auch der Mecklenburgische Bäckermeisterverband glaubte mit dieser Ansicht die Tarifierneuerung verhindern zu können, obwohl seit Jahren ein Bezirkstarifvertrag mit dieser Unternehmerorganisation für beide Mecklenburg abgeschlossen ist, wurde diese Streitfrage bei den letzten Tarifverhandlungen aufgerollt. Unser Verband hatte daher, um endlich zu einer endgültigen Klärung in dieser Frage zu kommen, beim Landesschiedsrichter beantragt, auf Grund des Vorschlages des Schlichtungsausschusses in Schwerin, zu entscheiden, ob der Bäckereiverband beider Mecklenburg tariffähig sei. Am 9. November hat in dieser Sache ein Schiedsgericht entschieden, der Bäckerverband beider Mecklenburg, Sitz Schwerin, wird für tariffähig erklärt.

Diese Entscheidung hätte sich die Bäckermeisterorganisation ersparen können, denn sie war selbstverständlich und mußte so ausfallen, weil sich doch selbst in früheren Jahren infolge des Abschlusses des Bezirkstarifes für beide Mecklenburg die Bäckermeisterorganisation als tariffähig erklärt hat. Warum dann versucht wurde, noch eine Entscheidung über diese Selbstverständlichkeit herbeizuführen, das ist uns rätselhaft.

## Bekanntmachungen des Vorstandes

In der Hauptverwaltung befindet sich das Mitgliedsbuch des Koll. Otto Hausmann, Verb.-Nr. 296 935, übergelassen vom Deutschen Baugewerksbund. Die zuständige Ortsgruppe wird hierdurch um Abforderung des Mitgliedsbuches ersucht.

**Ausschluß:** Auf Antrag der Ortsgruppe Breslau wird Karl Bartnick, Heizer, geboren am 28. Januar 1887, Buchnummer 86 963, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

**Gefunden** wurde eine Bescheinigung über Aufrechnung der Invaliden-Quittungskarten, Nummer 2, für Anton Kirwald, Metzger, geboren am 17. Oktober 1908 zu Wieningen, Kreis Koblenz. Die Bescheinigung kann vom Verbandsvorstand angefordert werden.

**Agitationsausgabe der „Einigkeit“.** In den nächsten Tagen wird wiederum eine Agitationsausgabe der „Einigkeit“ an die Ortsgruppen versandt. Bestellungen sind umgehend an den Verbandsvorstand zu richten.

Der Verbandsvorstand.

## Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 11. November bis 17. November 1932.

Pestscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahverkehrs- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Glogau 160,79, Landau 25,—, Mannheim 10,—, Müllrose 150,—, Oschersleben 100,—, Zwickau 20,80, Eßlingen 150,—, Darmstadt 500,—, Schwabach 170,—, Gleiwitz 46,26, Kiel 121,32, Bremerhaven 500,—, Celle 400,—, Landshut 420,—, Norden 50,—, Solingen 20,—, Berlin 13,60, Düsseldorf 111,36, Frankfurt a. M. 148,56, Potsdam 300,—, Regensburg 500,—, Schmölln 80,—, Thannhausen 156,—, Wriezen 50,—, Kottbus 23,68, Halberstadt 38,56, Ansbach 350,—, Neubrandenburg 100,—, Gorkau 200,—, Königsberg i. d. NM. 65,—, Marne 400,—, Riesa 341,05, Lübeck 21,42, Karlsruhe 26,32.

Sonstiges:

Berlin 300,—, 295,75, Augsburg 5037,—, Berlin 81,55, 45,16, Heilbronn 4,30, Berlin 4444,06, 146,88, 24,55, Zürich 630,32, Berlin 60,—, 3224,95.

## Korrespondenzen

**Berlin.** Am 17. November sollte vor der 4. Großen Strafkammer des Landgerichts III in Berlin-Moabit der Beleidigungsprozess gegen den Vorsitzenden der Freien Vereinigung deutscher Bäckermeister, Emil Schubert, den der Zweigvorsitzende, Paul Tantz, Weimar, vom Thüringischen Bäckermeister-Verband anstrebte, stattfinden. Es kam aber nicht zur Verhandlung. Sie wurde vertagt und die Parteien beauftragt, ihre schriftlichen Niederlegungen beim Gericht einzureichen. In der „Deutschen Bäckerei“, dem Organ der „Freien Vereinigung deutscher Bäckermeister“ wurde bereits angekündigt, daß der Prozeß interessante Streiflichter aus dem Bäckereigenossenschaftswesen aufzeigen wird und daher ein allgemeines starkes öffentliches Interesse erweckt. Sobald die Verhandlungen stattfinden, werden wir über den Ausgang berichten.

**Bonn a. Rh.** Von der Konditoren-Innung wurden die Tariflöhne gekündigt. Sie will allen seitherigen Abauforderungen der Unternehmer den Rang ablaufen, indem sie verlangt, für Gehilfen im ersten Jahr nach der Lehre einen Barlohn von 4 Mk. pro Woche festzusetzen. Wir wundern uns über den Mut, den die Konditoreninnung aufbringt. Solche Löhne hat es in der Vorkriegszeit überhaupt nicht mehr gegeben. Vielleicht gab es damals in den ländlichen Gebieten derartige Trinkgelder als Wochenlohn, als eine gewerkschaftliche Organisation noch nicht bestanden hat. Wird die Konditoreninnung auf ihrer Forderung beharren, dann hat auch die Gehilfenschaft kein Interesse mehr an der tariflichen Lohnregelung.

**Dresden.** Der Streik in der Fabbrik Glühmann, Freital, ist durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses beigelegt worden. Die Arbeit wurde am 21. November aufgenommen.

**Hamburg.** (Fritz Pillekamp †.) Am 13. November starb nach längerer schwerer Krankheit unser Verbandskollege Fritz Pillekamp im Alter von 67 Jahren. Der Verstorbene gehört zur alten Garde der Hamburger Bäckerarbeiter. Am 1. April 1890 trat er der gewerkschaftlichen Organisation bei. In dieser Zeit garte und brodelte es bei der Hamburger Kollegenschaft. Sie rüstete zum Kampfe für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und Beseitigung der unerhörten Zustände in den Bäckereibetrieben. Der Verstorbene kämpfte mit in den ersten Reihen. Als die Sitzverlegung des Verbandsvorstandes von Berlin nach Hamburg erfolgte, trat Kollege Pillekamp als ehrenamtliches Mitglied in den Verbandsvorstand ein. In dieser Eigenschaft leistete er der Organisation große Dienste. Stets ging er der Hamburger Kollegenschaft führend voraus, wodurch er mächtig den Aufstieg der Organisation förderte. Bei Gründung der Bäckereigenossenschaft „Vorwärts“ von den ausgesperrten Kollegen betätigte er sich mit großem Eifer. Bis zu seinem 65. Jahre war er in dieser Genossenschaft als Vorstandsmitglied tätig. Dann trat er in den wohlverdienten Ruhestand.

Wiederum ist ein alter treuer Mitkämpfer von uns gegangen. Ihm haben die Bäckerarbeiter Deutschlands viel zu verdanken aber noch mehr die Hamburger Kollegenschaft, für die er in ihren Sturm- und Drangjahren Hervorragendes geleistet hat. Wir werden unserem Freund ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren und unsere Jugend wird sich an diesem alten

Kämpfer ein Vorbild nehmen und in seinem Sinne für den weiteren Aufstieg der Kollegenschaft tätig sein.

**Köln a. Rh.** (Lohnbewegung in den Brotfabriken beendet.) Die Lohnverhandlungen mit dem Brotfabrikanten-Verband sind durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses, nach dem eine Lohnkürzung von 1,50 Mk. pro Woche eintritt, zum Abschluß gekommen. Bekanntlich forderten die Unternehmer einen Lohnabbau von 3,50 Mk. Eine solche starke Lohnkürzung wurde von der Arbeiterschaft zurückgewiesen. Der Schlichtungsausschuß hat die Unternehmerforderung bedeutend korrigiert, aber sich dennoch für eine Lohnkürzung entschieden. Der Ecklohn und niedrigste Lohn in den Brotfabriken beträgt nunmehr für die Bäcker 47 Mk. Mit der Bäckermeisterinnung werden die Verhandlungen über die Lohnneuregelung weitergeführt. Die Innung will einen Lohnabbau von 10 Proz. Es braucht nicht besonders bemerkt zu werden, daß diese Forderung für die Gehilfenschaft unannehmbar ist. Die Innung muß daher schon von ihrer Forderung ablassen, wenn auf dem Unterhandlungswege eine Einigung erfolgen soll.

— (Neue Lohnvereinbarungen im Fleischerhandwerk.) Mit der Organisation der Metzgermeister konnten in Verhandlungen neue Löhne in der Weise vereinbart werden, daß für Gesellen über 22 Jahre 48,50 Mk., von 20 bis 22 Jahren 44 Mk. und unter 20 Jahre 40 Mk. bezahlt werden. Mit dieser Neuregelung der Löhne wurden wiederum Abstriche vorgenommen, die bestimmt nicht zur Belebung der Wirtschaft beitragen können. Es muß daher mit dieser Politik weiterer Lohnkürzungen Schluß gemacht werden.

**Oldenburg.** (KPD. hilft der Reaktion.) Bei der Mitteilung gleicher Überschrift unter der Rubrik „Wochenschau“ in Nr. 45 der „Einigkeit“ handelt es sich um folgenden Vorgang: Im Oldenburger Stadtparlament stellten die Nazis den Antrag, den Oberbürgermeister zur Disposition zu stellen. Dieser Antrag fand neben den Deutschnationalen auch Unterstützung durch die Kommunisten.

## Gewerkschaftliche Rundschau

**Hermann Müller †.** Der auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß in Ruhestand getretene Kollege Hermann Müller, stellvertretender Vorsitzender des ADGB, ist am 13. November infolge eines Herzschlages plötzlich verstorben. Reich war das Leben des Dahingegangenen an Arbeit für die werktätige Klasse. Müller stammt aus Werdau, wo er 1868 geboren wurde. Er erlernte die Lithographie. 1898 wurde er Redakteur am Bochumer Parteiblatt. Zwei Jahre später ging er in das Arbeiterssekretariat Bremen, wo damals noch Friedrich Ebert tätig war. 1905 trat er in das Zentralarbeitssekretariat der freien Gewerkschaften ein. Dort behandelte er vor allem die sozialpolitischen Fragen und verfocht die Forderungen der Arbeiterschaft. Von 1907 bis 1909 gehörte er dem Verbandsvorstand der Lithographen an. 1917 wurde er Stadtrat in Berlin-Lichtenberg. Seit 1924 war Müller stellvertretender Vorsitzender des ADGB. Er gehörte dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes und dem Wirtschaftsrat des Völkerbundes an.

Der Verstorbene gehörte der Nationalversammlung zu Weimar und dem Reichstag von 1928 bis 1932 als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion an. Die internationale Sozialpolitik war das Gebiet, auf dem Müller im Laufe der letzten 10 Jahre vor allem vorbildlich und erfolgreich gewirkt hat. Seit 1923 war er Führer der deutschen Arbeitnehmergruppe in der Internationalen Arbeitsorganisation. Hier setzte er seine ganze Kraft ein für die Annahme der Konvention zum Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien. Sein unermüdlicher Arbeitseifer, seine überragenden Kenntnisse auf sozialpolitischem Gebiet und des kollektiven Arbeitsrechtes verschafften ihm große Hochachtung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Auch war der Verstorbene mit Erfolg literarisch tätig. Er verfaßte einen „Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz“, „Die Rechtsprechung in Unfallrenten-Sachen“, „Die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung“ und das zum eisernen Bestand gehörende Werk „Karl Marx und die Gewerkschaften“, ebenso die „Geschichte der Organisation der Lithographen und Steindruckere“.

Dem Verstorbenen wird die Arbeiterschaft ein ehrendes dauerndes Andenken bewahren.

**50 Jahre Deutscher Tabakarbeiterverband.** In diesen Tagen kann der Deutsche Tabakarbeiterverband auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Der Jubilar hat eine ruhmreiche, traditionelle Vergangenheit. Er wurde am 22. November 1882 aus der Taufe gehoben, nachdem bereits vorher schon der „Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“ bestand. Machtvoll erstarkte dann die Organisation, überwand das Sozialistengesetz und konnte bereits um die Jahrhundertwende eine stattliche Anzahl Mitglieder mustern. Wir gratulieren dem Jubilar, dem sein Organ der „Tabak-Arbeiter“ gediegene Widmungen bringt, herzlichst und wünschen dem Jubiläumstag, der am 21. November in Bremen zusammentritt, einen recht guten Verlauf.

**Kongreß der spanischen Gewerkschaften.** Der Nationalkongreß des Spanischen Gewerkschaftsbundes (Union General de Trabajadores) tagte kürzlich in Madrid. Die spanischen Gewerkschaften befinden sich in einem organisatorischen Umbau, der ähnlich wie in anderen Ländern auf Schaffung starker Zentralverbände abzielt.

Dieser Umbau muß in einer Zeit durchgeführt werden, wo die Bewegung gezwungen ist, auch dem Drang der Arbeiterschaft zu praktischen sozialpolitischen Erfolgen Rechnung zu tragen. Nach der offiziellen Statistik zählt die Union 1041 539 Mitglieder, das ist die 5fache Mitgliederzahl gegenüber dem Jahre 1930. Unter den Organisierten befinden sich 41 942 Frauen und 25 539 jugendliche Personen.

Natürlich hatten die Organisationen durch den stürmischen Anstieg der Mitgliedschaften große Schwierigkeiten zu bekämpfen. Auch durch die Arbeitslosigkeit, von der insgesamt 446 263 Personen erfaßt, von denen 276 263 gewerkschaftlich organisiert sind, wird die Taktik der Organisation stark beeinflusst. Ein umfassendes Programm für öffentliche Arbeiten wurde vom Kongress beschlossen, auch die Einführung der *gesetzlichen Vierzigstundenwoche* und die Kürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden in gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Betrieben wurde gefordert. Trotzdem der Bundesführung ein klares Vertrauensvotum ausgesprochen wurde, ergab die Neuwahl eine andere Zusammensetzung, die von dem Parlamentspräsidenten Basteiro geführt wird, der auch zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Caballero, der bisher als Generalsekretär der Führung des Bundes angehörte, wurde wohl wieder gewählt, er verzichtete jedoch zusammen mit drei Freunden seiner Richtung auf die ihn durch die Neuwahl bestimmten Posten. Auch die neue Bundesleitung weist entschieden jeden Spaltungsgedanken zurück. Das ergibt sich auch aus der Debatte über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialistischen Partei. Die Willenserklärung des Kongresses zu dieser Frage lautete: „Der Bund basiert auf den gleichen Grundsätzen wie die Sozialistische Partei und beide Organisationen werden gemeinsam handeln, wenn das für notwendig erachtet wird.“

**Gewerkschaftliche Knebelung in Polen.** Der polnische Staatspräsident hat eine Verordnung erlassen, derzufolge das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft nicht mehr besteht. Künftig muß jede Gewerkschaft den Behörden Angaben über ihre Beratungen und Beschlüsse machen. Stell: die Polizei fest, daß eine Gewerkschaft „staatsgefährdende“ Aktionen unternimmt, so soll der Verband aufgelöst werden. Die Verordnung spricht von einer „vorläufigen Suspendierung“. Mit dieser Verordnung, die ein ungeheures Schandgesetz zur Knebelung der polnischen Arbeiterbewegung darstellt, hat Pilsudski die Koalitionsfreiheit vollständig beseitigt.

**Sozial- und Wirtschaftspolitik**

**Lohnsenkungs-Verordnung „rechtsgültig“.** Wie nicht anders zu erwarten war, hat das Reichsarbeitsgericht die Verordnung „Zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten vom 5. September 1932“ für rechtsgültig erklärt. Diese Verordnung sah bekanntlich Lohnsenkungsbestimmungen vor, die nach Auffassung der freien Gewerkschaften dem Art. 165 der Reichsverfassung widersprachen, weil die Vertragsfreiheit verletzt worden sei.

**Kontingentierungsrummel hemmt Maschinenausfuhr.** Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten führt in seinem Oktoberbericht vernichtende Anklage gegen die Kontingentierung der Lebensmitteleinfuhr. Während im Inlandsgeschäft eine Steigerung der Aufträge eingetreten ist, ist das Auslandsgeschäft ins Stocken geraten. Vielfach wurde versucht, bereits erteilte Aufträge wieder rückgängig zu machen. Ganz eindeutig wird der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der steigende Bedarf an Maschinen im Ausland der deutschen Maschinenindustrie wenig Vorteil bringt, weil die günstigen Absatzmöglichkeiten durch die deutsche Handelspolitik, insbesondere durch die Kontingentierungspläne vernichtet werden.

**Deutschlands Außenhandel im Oktober.** Die Wareneinfuhr nach Deutschland ist im Oktober um 38 Millionen Mark auf 398 Millionen Mark gestiegen. Der Hauptanteil an der Einfuhrsteigerung entfällt auf die Gruppe der Lebensmittel. Es wurden für 26 Millionen Mark Lebensmittel mehr eingeführt als im vorhergehenden Monat. Es besteht wohl kaum Zweifel darüber, daß diese Mehreinfuhr mit der beabsichtigten Kontingentierung zusammenhängt. Die Rohstoffeinfuhr hat sich nur um 12 Millionen Mark und die Fertigwareneinfuhr um 2,8 Millionen Mark erhöht. An der vermehrten Warenlieferung sind mit Ausnahme von Rußland alle Bezugsländer beteiligt. — Die Warenausfuhr aus Deutschland ist ebenfalls um 38 Millionen Mark auf 481,7 Millionen Mark gestiegen. An der Mehrausfuhr haben erfreulicherweise die Fertigwaren mit 31 Millionen Mark den Hauptanteil. Die Rohstoffausfuhr ist um 6 Millionen Mark und die Lebensmittelausfuhr um 1,3 Millionen Mark gestiegen. Die Zunahme der Ausfuhr im Oktober geht über die saisonmäßig zu erwartende Steigerung hinaus. — Der nach Abzug der Einfuhr von der Ausfuhr verbleibende Saldo bleibt mit rund 84 Millionen Mark aktiv. Er ist fast ebenso hoch wie im Vormonat. Im Monatsdurchschnitt des Jahres 1931 ist der deutsche Außenhandel mit 239,8 Millionen Mark aktiv gewesen. Im Monatsdurchschnitt des laufenden Jahres dürften kaum 90 Millionen Mark Ueberschuß erzielt werden.

**Unternehmertum**

Generaldirektor Jaeger von der Brauerei Löwen-Böhmisch, Berlin, schied im Alter von 65 Jahren aus dem Leben. Jaeger hatte als Vorsitzender des Vereins Berliner

Brauereien in Berlin und darüber hinaus in der gesamten deutschen Brauindustrie hohes Ansehen genossen. Auch die Berliner Brauereiarbeiter schätzten den Verstorbenen, denn er hatte jederzeit Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft und seinem sozialen Weitblick ist es zu verdanken, daß heute bestehende umfangreiche und vorbildliche Tarifwerk ohne größere Reibungen auf- und ausgebaut werden konnte. Jaeger hat sich auch große Verdienste um die Regelung des Berliner Brauereiarbeitsnachweises erworben, dessen Leitung seit 1904 in seinen Händen lag.

Jaeger wurde als Sohn eines Militärmusikers in Potsdam geboren. Er erlernte unter nicht gerade glänzenden Verhältnissen das Brauerhandwerk. Nach Vollendung seiner Studienjahre war er als Braumeister und technischer Leiter in verschiedenen Brauereien Nord- und Mitteldeutschlands tätig. 1901 wurde er Direktor der Aktienbrauerei Friedrichshain, die später durch Verschmelzung in dem Konzern der Löwenbrauerei-Böhmisches Brauhaus A.-G. aufging. Sein rastloser Schaffensdrang hat ihn sehr bald über seine Berufstätigkeit hinausgeführt. Er wurde in den Vorstand des Vereins der Brauereien Berlins berufen. Seit 1919 führte er dort den Vorsitz. 1904 übernahm Jaeger den Vorsitz im Kuratorium des Paritätischen Arbeitsnachweises für das Braugewerbe in Berlin. Er gehörte weiter dem Vorstand des Deutschen Brauerbundes, der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft und der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei an.

**Schneidewind verläßt die Wirtschaftspartei.** Wir konnten bereits in der vorhergehenden „Einigkeit“ berichten, daß sich der Kölner Obermeister Schneidewind gegen den Vorstand der Wirtschaftspartei wegen der Tolerierung der Papen-Regierung aufgelehnt hat. Nun hat Schneidewind den Austritt aus seiner Partei erklärt. Lange hat die Herrlichkeit Schneidewinds in der Politik nicht gedauert. Kurz war der Traum als Reichstagsabgeordneter, wobei er wenigstens Gelegenheit hatte, sich vor aller Öffentlichkeit zu blamieren.

**Allgemeine Rundschau**

**Zusammengebrochene Verleumdung.** Gegen den in der Berliner Verkehrsgesellschaft als Direktor tätigen Genossen Brolat wurde von der bürgerlichen Seite eine unverschämte Hetze entfacht. Wegen angeblicher Begünstigung sollte ein Verfahren gegen ihn eingeleitet werden. Nun wird von der Staatsanwaltschaft I Berlin

mitgeteilt, daß sie die Einstellung des Ermittlungsverfahrens aus rechtlichen Gründen beschlossen hat. Damit fällt die unerhörte Hetze gegen Gen. Brolat in sich zusammen.

Wer wird der nächste sein, der von der bürgerlichen Meute an das Messer geliefert werden soll.

**Für Verbilligung der Arbeiter-Wochenkarte.** Der Bundesvorstand des ADGB, stellte bei der Reichsbahnverwaltung den Antrag, die Arbeiterwochenkarten mit Rücksicht auf den Lohn- und Gehaltsabbau zu verbilligen. Die Reichsbahnverwaltung erklärte, eine weitere Verbilligung als bisher nicht vornehmen zu können. Mit diesem Bescheid wird sich der ADGB, aber nicht abfinden. Es soll in der kommenden Sitzung des Reichseisenbahnrates erneut der freigewerkschaftliche Antrag zur Verbilligung der Arbeiterwochenkarten eingebracht werden.

**Internationales**

**Bäckerstreik in Sevilla.** Die Bäcker und Kellner sind am 15. November in den Ausstand getreten. Ebenfalls haben sich die Kraftdroschkenführer dem Ausstand angeschlossen. Der Streik ist allgemein. Die Brotvorräte sind fast vollständig aufgebraucht. Aus den umliegenden Städten wird versucht, die Brotversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Bäckereiarbeiter in Sevilla sind geschlossen im spanischen Lebensmittelarbeiter-Verband organisiert.

**Literatur**

**Doktor Dolittle auf dem Mond.** Von Hugh Lofting. In Halbleinen, Preis 4,50 Mk. Verlag Williams und Co., Berlin-Grünwald, Douglasstraße 30.

Dr. Dolittle hat sich unter den Kindern und auch bei den Erwachsenen einen großen Freundeskreis geschaffen. Sie alle werden mit Bedauern feststellen, daß der vorliegende Band der letzte ist, der über Dolittles Abenteuer berichtet. Dr. Dolittle reist zum Mond und bleibt dort, weil es für ihn dort viel zu tun gibt. Die Reise zum Mond ist von Anfang bis zum Ende spannend und interessant geschrieben.

**Der 35. Mai.** Ein neuer Roman für Kinder. Von Erich Kästner. In Halbleinen, Preis 2,50 Mk. Verlag Williams und Co., Berlin-Grünwald, Douglasstraße 30.

Einen Aufsatz über die Südsee zu schreiben ist sehr schwer. Konrad weiß sich zu helfen. Er reitet sofort hin, um an Ort und Stelle Erfahrungen zu sammeln. Was er auf dieser Reise erlebt, wird nicht verraten. Angedeutet soll nur werden, daß dem Leser bei der Lektüre dieses Buches die Tränen kommen vor Lachen. Auf dem Weihnachtstisch wird dieses Buch ein besonders willkommenes Geschenk sein.

- Unserm Kolleg. Wilhelm Gnandt die besten Wünsche zur Silberhochzeit. [1,50]  
**Die Kollegen der Gesellschaftsbrauerei Augsburg**
- Unserm Kolleg. Heinrich Maurer und seiner lieben Frau noch nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]  
**Die Kollegen der Wein- und Spirituosenhandlung Wesa, Ortsgruppe Saarbrücken**
- Unserm lieben Kollegen Willy Jungbluth nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]  
**Die Kollegen des Bergischen Kraftfutterwerkes Düsseldorf**
- Unserm lieben Kollegen Grewe nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [1,50]  
**Ortsgruppe Detmold**
- Unserm Kollegen Otto Herms und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [1,50]  
**Ortsgruppe Emden**
- Unserm Kolleg. Wilhelm Walter und seiner lieben Frau zur stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]  
**Die Kolleginnen und Kollegen des Milchhofes GmbH., Bochum und Ortsgruppe Bochum**
- Unserm Kollegen Fritz Gerhardt, Bäcker, und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]  
**Ortsgruppe Altenburg**
- Unserm werten Kollegen Walter Suhr und seiner lieben Frau Lieselotte zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]  
**Die Kollegen der Gesebergbrauerei AG., Wuppertal-Elberfeld**
- Unserm Kollegen Georg Filser und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Silberhochzeit.  
Unserm Kollegen Hans Sickingen zu seinem 25. Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]  
**Ortsgruppe Rosenheim**
- Unserm lieben Kollegen Josef Greven und seiner lieben Gemahlin zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]  
**Die Verbandskollegen der Zahlstelle Düren (Rheinland) und Bezirksleitung Aachen**
- Unserm treuen Kolleg. Heinrich van Meegen nebst seiner lieben Frau Gertrud die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [2,40]  
**Die Mitglieder der Ortsgruppe Krefeld — Uerdingen a. Rh.**
- Unserm Kollegen Josef Maier und seiner lieben Frau zur stattgefundenen Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]  
**Die Kollegen der Schlegel-Scharpenseel-Brauerei Bochum, und Ortsgruppe Bochum**
- Unserm lieben Kollegen Jean Odenwälder nebst seiner lieb. Frau zur stattgefundenen silbernen Hochzeitsfeier nachträglich die besten Glückwünsche. [2,70]  
**Die Kollegen der Walzenmühle Assenheim (Oberhessen)**
- Unserm Kollegen Max Swoboda und seiner lieben Gattin nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]  
**Ortsgruppe Beuthen-Gleiwitz**
- Unserm Kollegen Max Hecht und seiner lieben Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]  
**Die Kollegen der Filiale Schwandorf und die Ortsgruppe Regensburg**
- Unsern lieben Kollegen Richard Seifert und Josef Braun, sowie ihren lieben Frauen zur stattgefundenen silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]  
**Die Kollegen von Bürgerliches Brauhaus Ravensburg (Württemberg)**

**Nachruf**  
Am 7. November starb unser lieber Kollega  
Carl Bohndorf.  
Es war einer unserer Besten. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [3,60]  
**Ortsgruppe Eisleben.**

**Nachruf!**

Am 14. November d.J. verschied unerwartet unser erster Vorsitzender, Herr **Generaldirektor**

**Ernst Jaeger**

Der Entschlafene hat unserem Kuratorium seit dem Jahre 1904 angehört und hatte seit dieser Zeit seine eigentliche Leitung inne. Gleichzeitig oblag ihm die Leitung der in der Vorkriegszeit dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Unterstützungskasse für arbeitslose Brauereiarbeiter.

Trotz großer beruflicher und ehrenamtlicher Tätigkeit hat der Verstorbene in den vielen Jahren unseren Arbeitsnachweis mit warmem Herzen, nimmermüder Arbeitskraft und steter Hilfsbereitschaft betreut. All die vielen Anliegen und Wünsche fanden bei ihm stets ein offenes Ohr und wohlwollendes Verständnis.

Der Tod dieses von uns allen hochverehrten Mannes und aufrichtigen Freundes unserer Arbeit hinterläßt eine tiefe und schmerzliche Lücke. Der Entschlafene hat sich bei uns allezeit ein dankbares und ehrendes Andenken gesichert.

Berlin, den 15. November 1932.

**Das Kuratorium des Paritätischen Arbeitsnachweises für das Braugewerbe zu Berlin und Umgegend. August Schmitz, 2. Vors.**

# Frauenrecht

## Empfängnisfreie Tage?

Seit längerer Zeit finden sich in den Spalten der Zeitungen immer wieder Mitteilungen darüber, daß es im monatlichen Leben der Frau Tage gebe, an denen eine Empfängnis nicht möglich sei. Mit andern Worten: Zur Schwangerschaftsverhütung brauche man gar nicht die komplizierten Methoden anzuwenden; man brauche nur den Kalender anzuschauen; um zu wissen, ob zu diesem Termin eine Schwängerung möglich sei oder nicht. Ausgelöst worden sind alle diese Mitteilungen durch Versuche, die der Professor Hermann Knauß in Graz und der Chefarzt am Kateyama-Krankenhaus in Japan, Dr. K. Ogino, angestellt hatten. Diese Versuche sollen ergeben haben, daß eine Befruchtung nur zwischen dem 9. und 17. Tage nach Beginn der letzten Menstruation möglich und der Geschlechtsverkehr an allen andern Tagen vollkommen ungefährlich sei. Würde eine Frau also z. B. mit der Periode am 1. Januar beginnen und würde diese Periode 4 Tage dauern, so hätte sie die nächste Periode wieder am 28. Januar zu erwarten. Vom 1. bis 8. Januar und vom 18. bis zum 28. Januar wäre sie steril. Nur die Geschlechtsakte vom 9. bis zum 17. Januar könnten zu einer Kinderzeugung führen. Diese Nachricht hat natürlich großes Aufsehen erregt. Einmal, weil hier wirklich das Ei des Columbus in der Empfängnisverhütung, in der gewollten Kinderzeugung gefunden wäre und andererseits, weil die katholische Kirche ein Interesse daran hat, die Empfängnisregelung unabhängig von künstlichen Maßnahmen zu gestalten.

Die biologischen Tatsachen der Arbeiten von Knauß und Ogino sind etwa folgende: Für das Entstehen einer Schwangerschaft ist das Zusammenreffen von männlichen Samentierchen und weiblichen Eichen notwendig. Das Eichen wird aber, immer nach den Ausführungen von Knauß und Ogino, am 14. Tage nach Beginn der letzten Menstruation vom Eierstock ausgestoßen und soll nur 3 bis 4 Tage lebensfähig sein. Andererseits kann zwar der Samen des Mannes jederzeit produziert werden, er soll sich aber in den weiblichen Geschlechtsorganen nur wenige Tage, höchstens 5 Tage, halten. Findet nun ein Koitus am 8. Tage nach Beginn der letzten Periode statt, so soll das Samentierchen am 13. Tage demnach bestimmt abgestorben sein, kann also das am 14. Tage ausgestoßene Eichen nicht mehr befruchten. Findet ein Koitus am 18. Tage nach Beginn der letzten Periode statt, so findet das jetzt eingedrungene Samentierchen kein lebendes Eichen mehr vor. Also auch hier wäre eine Befruchtung nicht mehr möglich. Diese Ueberlegungen sind überaus bestechend; leider, leider aber entsprechen die Voraussetzungen nicht den Tatsachen. Erstens einmal ist es durchaus nicht bewiesen, daß die Eibildung am 14. Tage nach Beginn der letzten Periode stattfindet. Im Gegenteil: Eine ganze Reihe von Gelehrten behaupten, daß die Eibildung im Moment der höchsten Erregung beim Geschlechtsakte stattfindet; und zweitens wissen wir über die Lebensfähigkeit der Samentierchen, wenn sie erst einmal in die weiblichen

Geschlechtsorgane eingedrungen sind, sehr wenig. Es ist durchaus möglich, daß die Samentierchen sich z. B. in der Gebärmutter oder in den Eileitern wochenlang halten. Denn es ist nicht angängig, Resultate, die man aus Tierversuchen gewonnen hat, ohne weiteres auf den Menschen zu übertragen. Bestätigt werden diese Bedenken dadurch, daß Statistiken existieren, die zu Kriegszeiten erhoben worden sind, als die Urlauber nur für kurze Zeit in der Heimat waren. In solchen Fällen kam häufig nur ein bestimmter Tag der Befruchtungsmöglichkeit in Frage, und alle diese Statistiken haben einwandfrei ergeben, daß eine Befruchtung zu jeder Zeit möglich ist. Professor M. B. Olaffio, der Direktor der Frauenklinik in Modena (Italien), hat sogar bewiesen, daß das Empfängnisoptimum in den ersten

Glauben an die „empfängnisfreien Tage“ zustande gekommen sind. Hier nur ein sehr trauriges Beispiel: Ein Ehepaar mit fünf Kindern hatte sich stets durch chemische Mittel vor weiterem Kinderseggen — der Mann war 1½ Jahre arbeitslos und bewohnte mit seiner Familie Küche und Kammer — geschützt. Verleitet durch die Mitteilung von den „empfängnisfreien Tagen“ hatte er die Mittel beiseite gelassen und der Erfolg trat prompt in Gestalt einer neuen und der Erfolg trat prompt in Gestalt einer neuen und der Erfolg trat prompt in Gestalt einer neuen Kur-Schwangerschaft ein. Die Frau ging zu einem Kurpfuscher und ist an den Folgen des Eingriffes gestorben.

Also: Dringendste Warnung, an das Märchen von den empfängnisfreien Tagen zu glauben! Es ist ein sehr schönes Märchen, aber leider — nur ein Märchen.

Dr. Ludwig Levy-Lenz,  
Leitender Arzt am Institut für Sexualwissenschaft, Berlin.

## Der Zwietracht Fluch

Im Bruderzwiste ward erschlagen  
Schon Abel von dem Bruder Kain.  
Was sollte es in unsern Tagen  
Mit einem Male anders sein?

Es mag der Landwirt jäten, pflegen,  
Dem Boden reine Saat nur weih'n.  
Als erstes wird das Haupt erheben  
Das Unkraut, ohne gesät zu sein.

Es wuchs das Heer der Arbeitssklaven  
Zu einer Macht in dem „Verband“,  
Bis Mißgunst und Verrat sich trafen,  
Daraus der Zwietracht-„Keil“ entstand.

Man schimpfte „Bonzen“ unsere Führer,  
Wenn manches nicht am Schnürchen ging,  
Und rief: „Nichts ist mehr zu verlieren“!  
Man fragte nicht nach Zweck und Sinn.

So haben Nörgler-Demagogen  
Der Zwietracht Flamme hell entfacht,  
Womit die Junker wohlherwogen  
Den „Wohlfahrtsstaat“ zu Fall gebracht.

Nun fühlen wir, was wir verlieren,  
Wohin uns Zank und Hader führt!  
Daß in der Zwietracht — die wir schüren —  
Des Henkers „Schwert“ geschmiedet wird!

Gg. Fiederl.

8 Tagen nach der Periode liegt, daß also gerade die Tage, die nach Knauß und Ogino steril sein sollen, am fruchtbarsten sind.

Wenn also die einen Gelehrten sagen, die ersten 8 Tage nach der Periode seien für die Entstehung einer Schwangerschaft am gefährlichsten und die andern behaupten, nur die nächsten 8 Tage rufen eine Schwangerschaft hervor, und wenn die Statistiken beweisen, daß zu jeder Zeit Kinder gezeugt werden können, dann fällt das Gebäude der „empfängnisfreien Tage“ wohl völlig zusammen. Und es ist nur zu bedauern, daß wissenschaftliche Fragen vor ihrer völligen Klärung dem Laienpublikum vorgelegt werden. Denn ich kenne eine ganze Reihe von Schwangerschaften, die einzig und allein durch den

## Immer weniger Frauen im Reichstag

Dem neuen Reichstag gehören 36 Frauen an gegen 37 im alten. Die sozialdemokratische Fraktion zählt entsendenden ebenfalls 13 Frauen ins Parlament. Außerdem sitzen in den Fraktionen des Zentrums 5, der Deutschnationalen 3 Frauen, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei je eine Frau. Alle übrigen Fraktionen haben keine Frau als Kandidaten aufgestellt. Die Nazis stellen aus Prinzip keine Frau auf. Sie sind der Meinung, daß die Frau an den Kochtopf gehört. Im Dritten Reich soll jede Frau einen Mann bekommen. Ganz abgesehen davon, daß dies eine Frage ist, die staatlich schlecht geregelt werden kann, müßten die Nazis manchen Männern mehrere Frauen geben, weil die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer. Trotzdem die Nazis ausgesprochen frauenfeindlich sind, haben sie Millionen Frauenstimmen bekommen. Auf Grund dessen möchte man der Ansicht zuneigen, daß ein Teil der Frauen das politische ABC noch nicht begriffen hat.

## Krise der Eheschließungen

Daß die Wirtschaftskrise auf die Eheschließungen nicht ohne Einfluß ist, dürfte erklärlich sein. 1931 wurden in Deutschland 47 200 Ehen weniger geschlossen als 1930, 73 000 weniger als 1928/29 und 94 000 weniger als nach der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war. In den Jahren 1930 und 1931 wurde ein Ausfall von 134 000 Eheschließungen festgestellt. Der Rückgang der Geburtenzahl steht mit der Krise der Eheschließungen in engster Verbindung. 96 000 Kinder wurden 1931 weniger geboren als 1929. Und dies, obwohl die Zahl der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter noch um 70 000 größer war als zwei Jahre vorher. Die Wirtschaftskrise ist eben in allen Phasen des menschlichen Lebens spürbar.

## Hochzeit in Unterzeitelbach

Von Heinz Eisgruber.

II.

Und morgen ist nun Hochzeit. Heute findet die „Fertigung“ statt. D. h. der Einzug der Brautausstattung. Das ist vor hundert Jahren genau so gewesen in Zeitelbach. Die Zeitelbacher und Irlhamer, Haindlfinger und Deitlhofer, die Menzenbacher und Eitenhofner stehn mit Weib und Kind und Magd in der Dorfstraße und vor dem Wirtshaus und warten auf die Leiterwagen. Eudlich kommen sie, von grüneschmückten Pferden gezogen. Auf jedem der vier Wagen sind zwei Betten aufgeschlagen, richtig wie in der Schlafstube, man kann sich gleich hineinlegen. Ein bewunderndes Raunen geht durch die Menge: „Acht Bett'n hots, d' Ulmertochter! Acht Bett'n!“ Die Zahl der Betten ist ein Maßstab für die Wohlhabenheit einer Braut. Und hinter und neben den Betten kunstvoll aufgebaut die Schränke und Bänke, die Tische und Stühle, die Kommoden und Regale, bunt bemalt und gebeizt und lackiert. Und auf den Tischen und Regalen die Teller und Schüsseln, die Haferl und Kochlöffel. Zwei Stunden dauert das Abladen und Einrichten. Dann dürfen die Zuschauer in die eingerichteten Stuben. Den ganzen Tag gehts ein und aus wie in einem Taubenschlag. Unter der Türe langt jeder in den Weihwasserkessel, der am rechten Türpfosten hängt, spritzt Weihwasser vor sich hin und schlägt das Kreuz. Dann kriegt er einen Krug Bier. In der großen Stube haben sie einige Fässer angezapft, der erste Knecht schenkt ein; jeder, der kommt, die „Fertigung“ anzusehen, kriegt seinen Krug Bier. Den Männern ist das Wichtigste das Bier und der Viehstall. Den Weibern der Wäscheschrank und der Hühnerstall. Sie puffen sich in die Hüfte mit

den Ellenbogen, sie raunen und wispern und kichern und machen sich auf dies und jenes aufmerksam. Die Schranktüren stehen offen und man sieht hohe Stapel Leinenwäsche. Man darf sie anfassen und untersuchen. Die Weiber greifen hinein und stellen fest, ob auch alles echt ist, ob die Hochzeiterin auch keinen Schwindel gemacht und etwa Holzscheiter und Papier dahinter gestopft hat. Das ist das gute Recht eines jeden Fertigungsbesuchers. Das geht so den ganzen Tag bis zum Gebetläuten. Dann gehen die Dörfler nach Hause, mit Gesprächsstoff für ein halbes Jahr.

\* \* \*

Am Hochzeitstag gehts hoch her. Der Hochzeitlader, im Zivilberuf Güttler in Arnbach, ist in zehn Dörfern gewesen die letzten acht Tage und hat nicht weniger als 215 Verwandte und Bekannte geladen. Die Geladenen sind stolz auf die Einladung und zahlen gern die 8 Mark, die das Festessen kostet und die 5 Mark, die man außerdem „schenkt“. Die Sonntagskutsche hat jeder herausgeholt und die Gäule sind schon zwei Tage lang gestriegelt worden wie sonst nie. Die Weste mit den Silbertalern hat man aus dem Schrank geholt und die Älteren dazu die lange Lederhose, die an den Knöcheln abgebunden ist und mit der man in die langen Schafstiefel schlüpft, die aussehen wie ein Zugharnikabalg. An den Rockkragen wird das Hochzeitssträußel geheftet und dann gehts, in der Früh um 6 Uhr nach Zeitelbach zum Hochzeitspaar.

85 Kutschen stehen auf der Dorfstraße mit schweren Gäulen davor. Der Hochzeiter läßt noch auf sich warten, weil er nochmals in den Viehstall gegangen ist. Ein richtiger Bauer läßt sich auch am Hochzeitstag nicht abhalten, nach dem Rechten zu sehen. Jetzt kommt er in Hemdärmeln aus dem Stall, langsam knüpft er den Schurz ab, schreit dem Pferdeknecht

zu, er solle den Gäulen noch Wasser einschütten, dann geht er in die Stube und macht sich fertig. Mechanisch taucht er die Finger in das Weihwasser am Türpfosten, schlägt das Kreuz und steigt in die Kutsche, in der die Hochzeiterin in ihrem schweren schwarzen Seidenkleid schon Platz genommen hat. Sie sitzt steif und ungelken da und schaut geschämig bolzengerade vor sich hin. Sie denkt nicht viel: höchstens, daß die Weber-Kathl in der Kutsche hinter ihr sich ärgern wird, weil die Ulmertochter in den größten Hof im Pfarrbezirk einheiratet. Ihr Stolz ist hart und ungeschmeidig; sie ist jetzt die größte Bäurin und sie hat ein Recht dazu, denn sie hat einen großen Batzen Geld mitgebracht.

Nun setzen sich die 85 Kutschen in Bewegung. Sie fahren durch die fünf nahen Nachbardörfer zwischen reifenden, wogenden Getreidefeldern hin. Und nach einer Stunde biegen sie wieder in die Dorfstraße von Zeitelbach ein, halten vor dem Unterwirt und entlassen ihre Insassen. Die Musikanten, die sich vor dem Unterwirt aufgestellt haben, spielen etwas, das ein Schuhplattler sein könnte, vielleicht aber auch ein Militärmarsch. Im langen Zug gehts den Berg hinauf in die Kirche. Im feierlichen Amt gibt der Pfarrer die beiden Hochzeiter zusammen. Einmal unterbricht der Pfarrer die Handlung und schreit über die Köpfe der andächtigen Alten hinweg in die hinterste Ecke, wo die Bauernburschen zusammensitzen, er werde gleich hinterkommen und ein paar hinaus-schmeißen, wenn sie sich nicht anständig auführten; alle Köpfe wenden sich nach den Ruhestörern; die Bauernburschen senken die kantigen Schädel, merken sich aber noch schnell den und jenen, der gar zu herausfordernd zu ihnen herschaute; hernach im Wirtshaus braucht man Anlässe zum Raufen.